

Hintergrundpapier zu den Forderungen der Christians for Future 2021

Stand: 16. September 2021

Dieses Hintergrundpapier wurde im Nachgang zu den Forderungen erarbeitet. Die Unterzeichnenden der Forderungen kennen das Hintergrundpapier nur in Einzelfällen. Daher vertreten die Unterzeichnenden nicht unbedingt alle hier dargestellten Positionen und Einschätzungen.

“Was auf der Erde geschieht, ist ohne Beispiel. Wir sind an einen Punkt gelangt, an dem wir verantwortlich sind für ökologische Verwüstung und Vernichtung in planetarem Ausmaß. Dies fordert uns heraus in allem, was wir sind. Wir ziehen die Schöpfung, das große Erbe der Evolution, mit in den Strudel. Als Einzelne tragen wir in unterschiedlichem Maße dazu bei, aber unser Handeln addiert sich zu einer Krise, welche die Grundfesten der Welt untergräbt. Es geht jetzt um das Ganze: das Ganze der Erde und des Menschen, also um das Ganze der Welt. In einer Welt der Vernichtung kann kein Heil entstehen.

Was sagen die Kirchen zu dieser Krise der Welt? Was sagen wir als Christen?”¹

EINLEITUNG

Das bisherige Klimaengagement der Kirchen

Das Ziel dieses Dokuments ist, das bisherige Engagement der Kirchen zu würdigen und die Forderungen aus Sicht der Christians for Future zu erläutern. Seit vielen Jahren setzen sich Christ*innen in unzähligen Stunden, in vielen verschiedenen Aktionen und Initiativen für die Bewahrung der Schöpfung ein: Ehrenamtliche und Hauptamtliche engagieren sich für die Vermeidung von Abfall, für ökofaire Beschaffung, für Energieeffizienz und erneuerbare Energie in den Kirchengebäuden, für nachhaltige Mobilität, für Blühwiesen, für Umweltbildung in Jugendgruppen und vieles, vieles mehr. Auch in den Landeskirchen und Diözesen passiert schon viel: Vor allem auf evangelischer Seite gibt es bereits weitgehende Klimagesetze und ambitionierte Ziele in Bezug auf die eigene Klimaneutralität. Ohne diesen Einsatz, ohne diese Maßnahmen der Kirchen stünde es um die Bewahrung der Schöpfung wohl schlechter. Das bisherige Engagement der Kirchen ist wichtig und wertvoll. Aber es reicht nicht!

Die Herausforderung

Aktuelle wissenschaftliche Zukunftsszenarien sind alarmierend: Das Intergovernmental Panel on Climate Change (internationaler Klimarat/IPCC) führt aus, dass weltweit ab Anfang 2020 nur noch 400 Mrd. Tonnen CO₂ emittiert werden dürfen, um das 1,5°C Celsius

¹ Wolfgang Lucht: *Das Wasser der Nachfolge: Ein Manifest in Leben im Anthropozän*, München 2018, S. 203.

Limits mit hoher Wahrscheinlichkeit noch einhalten zu können. Bei ab heute konstanten Emissionen wäre dieses Budget in acht Jahren aufgebraucht.² Wird es noch wärmer, dann müssen wir uns auf drastische Folgen für alle Lebewesen dieses Planeten einstellen, es droht zudem das Erreichen von Kipppunkten. Gerade auf die Menschen, die schon heute die Benachteiligten sind, kommt großes Leid zu. In vielen Regionen in Asien, Ozeanien, Afrika, Latein- und Mittelamerika verlieren Menschen ihre Lebensgrundlage aufgrund von Dürre, steigendem Meeresspiegel und Unwettern. Aber auch in Europa mussten wir durch Dürren und Überschwemmungen bereits erfahren, dass die Klimakrise begonnen hat. Auch wenn danach auch weiter jedes Zehntelgrad zählt – die letzte Chance, das 1,5 °C Limit einzuhalten, ist jetzt! Wir fordern die Kirchen dazu auf, alles zu tun, damit diese letzte Chance ergriffen wird.

Die Rolle der Kirchen

Die Kirchen können besser als viele andere Akteure eine positive Rolle in der Klimakrise spielen, denn sie gelten als in dieser Sache glaubwürdig, sind bestens vernetzt und haben bereits viel Erfahrung mit Umwelt- und Klimaschutz.

- Es gehört zum Selbstbild der Kirchen, anwaltschaftlich für die Ausgegrenzten, Unterdrückten und Machtlosen einzutreten. Dies geschieht in vielen pastoralen Bereichen und weltkirchlichen Beziehungen und Partnerschaften. Die Klimakrise ist Ursache menschlichen Leids und wird dies täglich mehr werden, gerade unter heute schon benachteiligten Menschen. Gerade die Kirchen sollten offensiv die Stimme für diese Menschen erheben.
- Die Kirchen stehen für den Glauben an einen göttlichen Schöpfer, durch den die Welt in ihrer Gesamtheit, ihrer Vielfalt und ihrer komplexen internen Interrelationalität als Gabe und Aufgabe für ein fruchtbares Zusammenleben aller Wesen geschaffen wurde. Aus diesem Glauben folgt die ethische Verantwortung der Glaubenden und der Kirchen als Institutionen dafür, dass dieses göttliche Geschenk allen, die gegenwärtig oder in der Zukunft sein werden, zum Guten Leben dienen kann. Ökologische Fragen sind dabei prinzipiell mit Fragen globaler sozialer Gerechtigkeit verbunden.
- Die Kirchen gehören zu den wenigen gesellschaftlichen Akteuren, die vor Ort auf lokaler Ebene präsent und aktiv sind und gleichzeitig auf regionaler, nationaler und selbst internationaler Ebene mit starken Stimmen sprechen können. Dabei sind sie stark vernetzt und wirken durch ihre Institutionen in viele Bereiche der Gesellschaft hinein. Gerade im Bildungsbereich, im Gesundheitswesen und in der sozialen Fürsorge sind die Kirchen oft sehr nah an den Menschen. Mit ihrer sehr

² <https://www.mcc-berlin.net/forschung/co2-budget.html>

vielfältigen Mitgliedschaft sind die Kirchen zudem in der Lage, Menschen mit sehr unterschiedlichen Ansichten und Lebenswirklichkeiten anzusprechen.

- Die Kirchen sind auf dem Feld der Klimagerechtigkeit glaubwürdig, da sie dort nicht im Verdacht stehen, aus Eigennutz oder politischer Abhängigkeit zu handeln, sondern aus theologischer und ethischer Überzeugung und internationaler Solidarität. Zudem erwarten nach wie vor viele Menschen eine Werteorientierung von den Kirchen. Kirchen sind außerdem in der besonderen Lage, ihre ethischen Forderungen durch eigenes Handeln zu untermauern. Bereits jetzt arbeiten viele Landeskirchen und Diözesen daran, die Bewirtschaftung kirchlicher Gebäude, Flächen und Fuhrparks umzustellen, um klimaneutral und nachhaltig zu werden. Diese Maßnahmen für mehr Klimaneutralität in den kirchlichen Institutionen senden ein Zeichen an die Gläubigen, an die Politik und an die Wirtschaft, dass dringendes Handeln nötig ist, und lassen auf einen Katalysatoreffekt hoffen.

Die Kirchen sind also durchaus noch eine zentrale gesellschaftliche Kraft. Als solche haben sie die Möglichkeit, den Übergang in eine nachhaltigere Gesellschaft mit voranzutreiben, wobei ihre Bemühungen sowohl nach innen (*add intra*) als auch nach außen (*add extra*) gerichtet sein können (s. Abb. 1³).

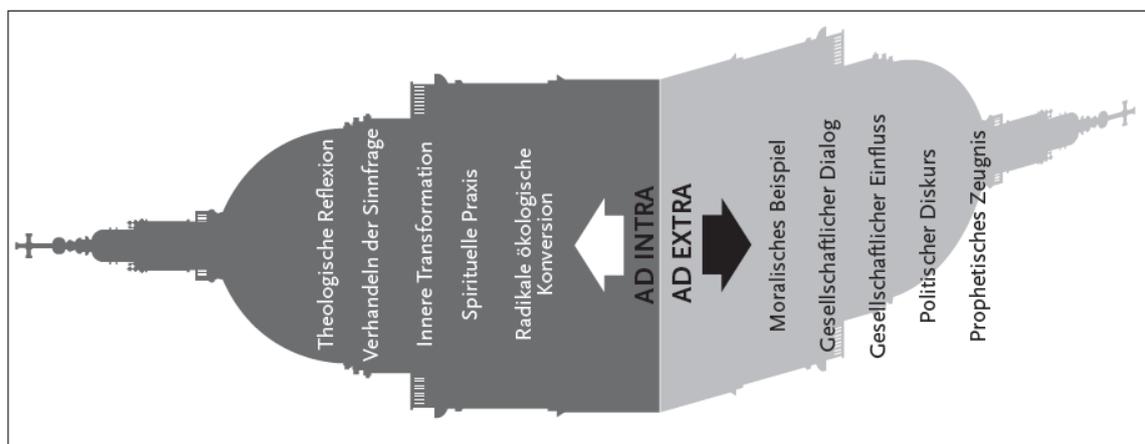


Abb 1 Handlungsbereiche der Kirche

Die Erfolge der Kirchen, so zeigen unsere Erfahrungen und Analysen, sind bisher lückenhaft. Zu groß waren wohl die Herausforderungen und Begrenzungen seitens der Rahmenbedingungen. Diese Lücken im eigenen Handeln dürfen jedoch nicht dazu führen, dass die Kirchen sich mit ethischen Forderungen zurückhalten. Stattdessen sollten sie ihre Erfahrungen einbringen und auf eine gesamtgesellschaftliche Weichenstellung drängen.

³Nach Oliver Putz: Herausforderungen im Anthropozän. Christlicher Glaube und die Große Transformation zu mehr Nachhaltigkeit in Leben im Anthropozän, München 2018.

Die Christians For Future fordern einen Ökumenischen Aufbruch zur Wahrnehmung der Schöpfungsverantwortung

Die kirchlichen Stellungnahmen der evangelischen und katholischen Kirchen zur Bewahrung der Schöpfung bekennen sich klar zur christlichen Verantwortung angesichts der Klimakrise. Die Kirchen müssen endlich entschieden als Anwälte all derer handeln, die von der Klimakrise bedroht sind. Die ökologische Umkehr und anwaltschaftliches Handeln können jedoch nicht gelingen ohne die Bereitschaft, bekannte Wege zu verlassen, ohne die Bereitschaft anzuecken und unbequem zu sein. Sie können nicht gelingen, wenn man darauf wartet, bis alle Gemeindemitglieder, Lesebriefschreiber*innen und Politiker*innen dazu bereit sind. Sie können nicht gelingen ohne eine Kirche, die mutig, sichtbar, hörbar, offensiv und anwaltschaftlich handelt und aufsteht gegen das Unrecht.

Sie können aber auch nicht gelingen ohne theologische Reflexion der uns bedrohenden Krise der Erdsysteme. So muss beispielsweise das vorherrschende christliche Menschenbild, das den Menschen dem Rest der Schöpfung gegenübergestellt und ihm besondere Rechte zumisst (Gen 2,15), neu reflektiert werden.

Bei aller Anerkennung für das bisher Geleistete fordern wir daher die Kirchen auf, ihrer ethischen Verantwortung in einer so umfassenden und neuen Weise zu begegnen, dass es der Größe des Problems angemessen ist. Wir fordern die Kirchen auf zum Umkehren, zu einem entschiedenen, unbequemem anwaltschaftlichen Handeln. Einem Umkehren, das allen Christ*innen deutlich macht, dass die Klimakrise etwas mit ihrem Christ*in-Sein zu tun hat. Wir fordern die Kirchen auf, die Schuld, die wir auf individueller und gesellschaftlicher Ebene auf uns laden, klar zu benennen und laut, kämpferisch und unbequem zu werden und alle Möglichkeiten zu nutzen, zur sozial-ökologische Transformation beizutragen. Dies führen wir in unseren zwölf Forderungen aus.

Anwaltschaftliches Handeln der Kirchen ist in erster Linie öffentlich und politisch, aber muss auch die interne Arbeit der Kirchen betreffen. Die wesentlichen Schritte hin zu einer klimagerechten Kirche sind die Erarbeitung von Klimaschutzplänen und -strategien, die dem Ziel, die 1,5° C Grenze nicht zu überschreiten, gerecht werden, und die auf allen kirchlichen Ebenen mit den notwendigen personellen Ressourcen umgesetzt werden. Darüber hinaus erfordert anwaltschaftliches Handeln und ökologische Umkehr der Kirchen eine deutlich stärkere Thematisierung von Klimagerechtigkeit in Bildung, Seelsorge und Liturgie. Menschen, die vor der Realität der existentiellen Krise die Augen verschließen, müssen in die Lage versetzt werden, sich dieser Krise zu öffnen, ins Handeln zu kommen und Hoffnung aus dem gemeinschaftlichen Handeln zu schöpfen.

Fokus der Forderungen auf die großen christlichen Kirchen in Deutschland

Grundsätzlich richtet sich die Kampagne der Christians For Future an alle christlichen Kirchen. Aufgrund der beschränkten zeitlichen Ressourcen liegt der Fokus in unseren Beispielen jedoch auf den katholischen Bistümern und den evangelischen Landeskirchen. Damit sollen die orthodoxen Kirchen, die Freikirchen, die altkatholische Kirche und andere christliche Kirchen keineswegs ausgeschlossen werden. Im Gegenteil: Die Christians For Future begrüßen einen Dialog mit allen Kirchen und haben selbst Klimaaktive aus diesen Kirchen in ihren Reihen.

Auch andere Religionen und Glaubensgemeinschaften können und sollten eine wichtige Rolle in der Bewegung zur Überwindung der Klimakrise spielen. Das Mandat für Forderungen an diese Gemeinschaften liegt jedoch in erster Linie bei den eigenen Gläubigen. Gleichzeitig wäre es sehr wünschenswert, wenn der interreligiöse Dialog zu Fragen der Klimagerechtigkeit auch von den christlichen Kirchenleitungen weiter verstärkt würde. Christians for Future sind in anderen Kontexten auch schon an interreligiösem Austausch beteiligt.

Die Kirchenleitungen haben eine besondere Rolle zu spielen

Ein stärkerer Einsatz für Klimagerechtigkeit ist ein Auftrag an alle Akteur*innen in den Kirchen. Neben den Landeskirchen und Bistümern gibt es viele weitere Akteur*innen wie Gemeinden, Hilfswerke, Orden, Verbände, Diözesanräte, usw., die exzellente Arbeit zu Klimagerechtigkeit machen. Wir haben die kampagnentaktische Entscheidung getroffen, unsere Forderungen konkret an die Leitungen der Landeskirchen und (Erz-) Bistümer zu richten, da diese die größten Organisationen innerhalb der Kirchen sind. Zudem ermöglicht der konkrete Adressatenkreis konkrete Forderungen und das Benennen konkreter Verantwortung. Wir hoffen aber, dass sich auch alle anderen Institutionen von diesen Forderungen ermutigen lassen, je nach ihren eigenen Bedingungen. Wir verwenden den Begriff Kirchenleitung als ökumenischen Oberbegriff für alle, die in den Kirchen die höchste Entscheidungsgewalt tragen. In der katholischen Kirche sind das Ortsbischof und Generalvikar. In der evangelischen Kirche ist die Kirchenleitung partizipativer organisiert. In den Landeskirchen richten wir uns an die Bischöf*innen, Präses und Präsident*innen der Synoden, damit diese die Forderungen so weit möglich umsetzen und, wo nicht möglich, sich für diese Forderungen in den Synoden einsetzen.

Viele Maßnahmen und Schritte können nur von der Leitungsebene beschlossen werden. Den Kirchenleitungen obliegt die Verantwortung, Klima- und Umweltschutz in der gesamten Gebietseinheit systematisch zu verankern. Andere Akteur*innen innerhalb der Kirchen haben diese Möglichkeit nicht, auch nicht die Umweltbeauftragten. Entscheidungen von Kirchenleitungen sind zudem öffentlichkeitswirksam. Stellungnahmen von Bischöf*innen werden in der Öffentlichkeit wahrgenommen und in der Presse aufgegriffen – vor allem wenn sie mit konkreten Aktionen verbunden sind. Kirchenleitungen haben

darüber hinaus die Möglichkeit, mit Visionen und Zielen zu motivieren, Akzente zu setzen und Dialogprozesse zu fördern, und müssen zudem die Umweltbeauftragten innerhalb der kirchlichen Strukturen zu stärken. Wir werden in unserer Darstellung den Fokus auf das Handeln der (Erz-)Bistümer und Landeskirchen setzen.

Bei der Rede von Kirchenleitungen und der Aufforderung an diese und an weitere kirchliche Hierarchieebenen, Einfluss auszuüben, ergeben sich komplexe Probleme von Machtstrukturen und spirituellem Missbrauch. Das betrifft auch die Frage, wer eigentlich leitet, was deren Rolle ist, usw. Diese in allen Details sauber zu berücksichtigen, ist uns in diesem Dokument nur eingeschränkt möglich. Zudem kommt es in unserer Arbeit oft mehr auf die Realität in Diözesen und Landeskirchen an als auf das, was von vielen theologisch gut begründet gewünscht wird. Wir möchten daher hier anfangs deutlich machen, dass Entscheidungen möglichst partizipativ und der Einsatz für Klimagerechtigkeit gerade aus Machtpositionen nie übergriffig, immer solidarisch, immer auf der Seite der Benachteiligten und die schon in diesem Feld arbeitenden unterstützend und verstärkend unternommen werden sollte.

Christians for Future (C4F)

Christians for Future ist eine unabhängige Gruppe innerhalb der deutschen For Future Bewegung. Bei uns engagieren sich Klima-Aktivist*innen mit vielfältigem christlichen Hintergrund, die oft stark in ihren Kirchengemeinden aktiv sind. Wir wollen mit einer christlichen Stimme zur Vielfalt der Stimmen in der Klimabewegung beitragen und diese so stärken. Wir bemühen uns um die Vernetzung zwischen der Klimabewegung und den Kirchen. Zudem engagieren wir uns für stärkeren Einsatz der Kirchen für Klimagerechtigkeit. Konkrete Projekte sind zum Beispiel Aufrufe an Gemeinden zur Beteiligung an den großen Klimastreiks, Solidaritätsandachten und Unterstützung für den von „Kirche(n) im Dorf lassen“ getragenen Einsatz gegen Braunkohle im Rheinland sowie Präsenz in unterschiedlichen kirchlichen Kontexten mit Vorträgen, Workshops und Medienarbeit. Dies geschieht sowohl in bundesweiten Arbeitsgruppen als auch in Ortsgruppen und oft in Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen. Besonders wichtige Partner sind für uns die Churches for Future, die die kirchlichen Institutionen vernetzen. Wir vernetzen hingegen die Aktivist*innen, wobei die Übergänge fließend sind. Diese Erfahrungen aus unserem täglichen Engagement in den Kirchen und in der Klimabewegung fließen in die Forderungen. Wir werden die Landeskirchen und (Erz-)Bistümer tatkräftig bei der Umsetzung unterstützen. Als Christ*innen stellen wir diese Forderungen auf im Geist der Geschwisterlichkeit und der gegenseitigen Verantwortung. Unsere Forderungen verbinden wir mit der Selbstverpflichtung, uns auch in Zukunft privat, beruflich und in den Kirchen für Klimagerechtigkeit einzusetzen.

Die Forderungen sollen keine einmalige Stellungnahme sein, sondern der Beginn eines Prozesses. Wir werden die Forderungen in vielfältiger Form und Schwerpunktsetzung in den nächsten Monaten und Jahren weiter verfolgen.

Einigen Leser*innen wird ein Mangel an tiefgehenden theologischen Ausführungen zu manchen der Forderungen auffallen. Dies hat nicht den Grund einer mangelnden Fähigkeit zur theologischen Positionierung. Viele von uns haben aber große Bedenken, zu versuchen, theologische Positionen über Druck durchzusetzen, denn diese sollten in erster Linie über theologischen Diskurs und Praxis geklärt werden. Dies gilt besonders, wenn es um die theologischen Positionen von Einzelpersonen geht.

Das Ziel dieses Dokuments ist, das bisherige Engagement der Kirchen zu würdigen und die Forderungen aus Sicht der Christians for Future zu erläutern. Die Unterzeichnenden der Forderungen haben nur die Forderungen unterzeichnet und natürlich gibt es auch da in Details abweichende Meinungen, aber immer eine grundsätzliche Unterstützung. Das Hintergrunddokument stellt die Sicht von Christians for Future auf die Forderungen dar und wird nicht zwingend von allen Unterzeichnenden mitgetragen.

PRÄAMBEL: FORDERUNGEN DER CHRISTIANS FOR FUTURE AN DIE LANDESKIRCHEN UND (ERZ-) BISTÜMER DEUTSCHLANDS

Christians for Future ist ein bundesweiter Zusammenschluss von Christ*innen, die sich als Teil der For-Future-Bewegung für Klimagerechtigkeit engagieren. Die Kirchen fördern die Klimagerechtigkeit bereits durch Verlautbarungen wie die Enzyklika *Laudato Si'* oder den EKD-Text 130 "Geliehen ist der Stern, auf dem wir leben" und in vielen praktischen Initiativen⁴. Dieser Einsatz ist sehr positiv und wird von den Christians for Future ausdrücklich begrüßt. Das Fortschreiten der Klimakrise zeigt jedoch, dass die bisherigen Maßnahmen nicht ausreichen. Das Gebot der Nächstenliebe und der Bewahrung der Schöpfung erfordern eine drastischere Umkehr im eigenen Handeln und klare Zeugnis in Gesellschaft und Politik. Vor diesem Hintergrund richten wir die folgenden Forderungen an die Kirchenleitungen der (Erz-)Diözesen und Landeskirchen in Deutschland.

DIE PROPHETISCHE STIMME DER KIRCHEN

FORDERUNG 1: Die Kirchenleitungen zeigen sich solidarisch mit den Forderungen von Fridays For Future Deutschland und kommunizieren dies öffentlichkeitswirksam durch Worte und Taten.

Was fordert Fridays For Future?

Seit dem Jahr 2019 fordert *Fridays For Future Deutschland* die Einhaltung der Ziele des Pariser Abkommens und die Einhaltung des 1,5°C Ziels. Die drei Teilforderungen der FFF sind die Erreichung von Nettonull bis 2035, der Kohleausstieg bis 2030 und eine 100% erneuerbare Energieversorgung bis 2035.⁵ Um diese Ziele zu erreichen fordern die FFF, dass ab sofort die Subventionen für fossile Energieträger beendet, ¼ der Kohlekraftwerke abgeschaltet und eine CO₂-Steuer auf alle Treibhausgasemissionen eingeführt werden. Der Preis für den Ausstoß von Treibhausgasen muss schnell so hoch werden wie die Kosten, die dadurch uns und zukünftigen Generationen entstehen. Laut Umweltbundesamt sind das 180€ pro Tonne CO₂. Die Machbarkeit dieser Forderungen und die dafür notwendigen Schritte wurden vor kurzem noch einmal in einer Studie des Wuppertal Instituts bestätigt.⁶

⁴Dabei sind manche Forderungen an manchen Orten schon umgesetzt, siehe Ausführungen.

⁵<https://fridaysforfuture.de/forderungen/>

⁶<https://fridaysforfuture.de/studie/>

Was fordern die Kirchen?

Die EKD und die DBK in Deutschland haben sich seit vielen Jahren zu den Themen Umwelt und soziale Gerechtigkeit geäußert. In den vergangenen Jahren sind auch Stellungnahmen, Diskussionspapiere und Studien dazu gekommen, die sich explizit mit Klimaschutz, Klimagerechtigkeit und der notwendigen Kehrtwende in der deutschen Klimapolitik befassen. Beispiele für diese Dokumente sind in der katholischen Kirche die „Zehn Thesen zum Klimaschutz“ und „Schöpfungsverantwortung als kirchlicher Auftrag – Handlungsempfehlungen zu Ökologie und nachhaltiger Entwicklung für die deutschen (Erz-)Diözesen“. Beispiele in der evangelischen Kirche sind „Auf dem Weg zu einer Kultur der Nachhaltigkeit. Plädoyer für ökumenische Such- und Konsultationsprozesse“⁷, „Umkehr zum Leben: Nachhaltige Entwicklung im Zeichen des Klimawandels“⁸, „Geliehen ist der Stern, auf dem wir leben“, diverse Synodenentscheidungen wie z. B. der Beschluss der 12. Synode der EKD auf ihrer 3. Tagung zur konsequenten Umsetzung des Weltklimaabkommens von Paris.⁹ Auch auf internationaler Ebene haben sich zum Beispiel der Vatikan unter anderem in der Enzyklika *Laudato Si* oder der lutherische Weltbund in einer Vielzahl von Publikationen¹⁰ sowie andere christliche Institutionen klar zur Klimakrise geäußert. Besonders wichtig sind die ökumenischen Dokumente, wie die der Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung.¹¹ Insgesamt gibt es daher einen breiten Konsens innerhalb der Kirchen, dass die Klimakrise von großer Dringlichkeit und großer Relevanz aus christlicher Sicht ist.

Die Kirchen unterstützen beide das Pariser Abkommen. Die DBK fordert dabei erfreulich deutlich, möglichst gut das 1,5°C-Ziel einzuhalten: „Im Sinne des Vorsorgeprinzips muss deshalb mit erheblich größeren Anstrengungen als bisher versucht werden, so nah wie möglich an eine Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs auf 1,5°C heranzukommen. Das verlangt nicht nur das Übereinkommen von Paris, vielmehr fordern dies auch die Menschenrechte, allen voran die Rechte auf Leben, Gesundheit und ein sozio-kulturelles Existenzminimum. Je näher wir an das 1,5°C-Ziel herankommen, desto weniger gesundheitliche, ökologische und soziale Schäden des Klimawandels sind zu erwarten. Jedes Zehntel Grad Celsius Temperaturanstieg, das verhindert wird, bedeutet Vermeidung von Leid und Rettung von Leben.“¹² Dagegen bekennt sich die EKD nicht eindeutig zu 1,5°C, sondern verwendet meistens die deutlich schwächere Zielformulierung des Pariser Abkommens, die ethisch problematisch ist, weil Abweichungen von 1,5°C sehr zu Lasten der weltweit Ärmsten geht und sich zudem in den letzten Jahren die Anzeichen häufen, dass das 2°C-Ziel auch auf naturwissenschaftlicher Ebene riskanter ist, als man 2015 gedacht hat.

⁷ <https://www.umkehr-zum-leben.de>

⁸ *Denkschrift des Rates der EKD, 2009*, <https://www.ekd.de/klimawandel.htm>.

⁹ <https://www.ekd.de/agu/themen/klima/beschluesse/262.html>

¹⁰ <https://www.lutheranworld.org/climate-justice/resources-climate>

¹¹ Eine schöne Übersicht findet sich hier: <http://oikoumene.net/home/regional/dresden/index.html>

¹² *Zehn Thesen zum Klimaschutz*

Schärfung der Position der Kirchen

Die Christians For Future begrüßen sehr, dass sich die Kirchenleitungen seit Jahren und Jahrzehnten zur Frage der Klimagerechtigkeit geäußert haben. Gleichzeitig sind die Stellungnahmen der Kirchen noch nicht immer so anspruchsvoll, wie es die aktuelle Lage erfordert. In Bezug auf die Klimaneutralität beispielsweise bleibt das bereits erwähnte Dokument (10 Thesen) deutlich hinter den Forderungen der FFF und vieler anderer Organisationen zurück und benennt nicht immer die Folgen der eigenen Forderung nach 1,5°C, z. B. zu Klimaneutralität: „Als Zielmarke wird Klimaneutralität in Deutschland so früh wie möglich, jedoch spätestens zum Jahr 2050 empfohlen.“ Ähnlich vage bleibt es bei den Themen CO₂-Bepreisung, Anteil erneuerbaren Stroms und Kohleausstieg. Erfreulicherweise weist das katholische Büro zumindest darauf hin, dass die beschlossene CO₂-Bepreisung unzureichend ist, um „die für ein Leitinstrument des Klimaschutzes erforderliche Lenkungswirkung zu entfalten.“¹³ Wo schon große Übereinstimmung und Konkretisierung zu verzeichnen ist, ist die notwendige Beendigung klimaschädlicher Subventionen, auf die sowohl die 10 Thesen als auch mehrfach das katholische Büro Berlin hinweisen.¹⁴

In der EKD gibt es deutlich konkretere Statements zu den genannten Themen, die leider aber oft hinter dem für eine Begrenzung der Erderwärmung auf maximal 1,5°C Benötigten zurück bleiben: Zu Klimaneutralität fordert die Synode der EKD 2020, dass „zeitnah in Deutschland dementsprechend ambitionierte Klimaziele mit einer CO₂-Reduktion um 65% in 2030 (Basis 1990) und einer Klimaneutralität bis spätestens 2050 in Kraft gesetzt werden.“¹⁵ Zu erneuerbarem Strom findet sich unter den neueren Synodenbeschlüssen leider nur die allgemeine Forderung der Synode 2019: „den Ausbau Erneuerbarer Energien wieder deutlich stärker forciert und die strukturellen Hürden hierfür schnell beseitigt.“ Zum Kohleausstieg spricht die Synode der EKD 2018 sich für „einen zügigen Ausstieg aus der Kohleverstromung (Braun- und Steinkohle) aus, der der Umsetzung des Pariser Klimaabkommens entspricht und dazu beiträgt, dass die deutschen Klimaziele möglichst zeitnah noch erreicht werden. Dafür müssen kurzfristig die Hälfte der Kohlekraftwerke, vorrangig die ältesten und ineffizientesten, vom Netz genommen werden.“ Dazu schrieb sie, ohne es sich ganz zu eigen zu machen, von einem Kohleausstieg „bis spätestens 2035“. Dies ist zu spät um das 1,5°C-Ziel, oder selbst das neue Klimaschutzgesetz der Bundesregierung, einzuhalten.¹⁶ Die Synode der EKD forderte schon seit 2016 eine, wenn auch nur schrittweise, Abschaffung klimaschädlicher Subventionen.¹⁷ Zu CO₂-Preisen

¹³https://www.kath-buero.de/files/Kath_theme/Stellungnahmen/2020/200928%20KB%20Stellungnahme%20EU%20Klimagesetz.pdf

¹⁴https://www.kath-buero.de/files/Kath_theme/Stellungnahmen/2020/201101%20KB%20Stellungnahme%20DNS-DF.pdf S. 9 und 2 https://www.kath-buero.de/files/Kath_theme/Stellungnahmen/2019/191030%20Stellungnahme%20KB%20zum%20Klimaschutzpaket.pdf S. 7

¹⁵ https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/Beschluss-zu-mehr-Klimaschutz-fuer-eine-resiliente-Gesellschaft.pdf

¹⁶ https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/2-12-Beschluss-zum-Kohleausstieg-in-der-Energieversorgung.pdf

¹⁷ <https://www.ekd.de/agu/themen/klima/beschluesse/262.html>

scheint es keinen Synodenbeschluss zu geben, aber ein Statement der Umweltbeauftragten.¹⁸

Vor diesem Hintergrund wünschen sich die Christians For Future, dass die Kirchen die Teilforderungen der FFF oder Vergleichbares unterstützen, sich am 1,5°C-Ziel orientieren und sich so auch in anderen Teilfragen der Klimagerechtigkeit klarer dazu äußern, welche Schritte in unserer Gesellschaft auf nationaler Ebene nötig und welche politischen Entscheidungen aus ethischer Sicht nicht zu verantworten sind.

Solidarität

Die Forderung ist ganz bewusst, *solidarisch* mit den Zielen von Fridays For Future zu sein, nicht die komplette, buchstabentreue Übernahme der Ziele. „Solidarisch“ bedeutet dabei, dass man in manchen Punkten, sei es inhaltlich oder taktisch begründet, abweichende Meinungen haben kann, solange man letztlich dasselbe Ziel hat, nämlich am 1,5°C-Ziel orientierte Klimagerechtigkeit, und trotz leichter Abweichungen zusammen mit der Klimagerechtigkeitsbewegung für Klimagerechtigkeit streitet. Auch in der Klimabewegung ist es üblich, in der Gruppierung Unterschiede zu haben (inhaltliche, z. B. beim Klimaziel, und taktische bei Aktionsformen) und sich trotzdem zu solidarisieren.

Es gibt viele, die das schon tun, ganz besonders auf evangelischer Seite. Ein herausragendes Beispiel sind die Churches for Future¹⁹, in denen sich viele Landeskirchen, Bistümer, Hilfswerke und sogar über die Referentin für Fragen der Nachhaltigkeit die EKD zusammengeschlossen haben. Der Gründungsgedanke von Churches For Future ist explizit die Solidarisierung mit der Fridays-For-Future-Bewegung.

Öffentlichkeitswirksame Kommunikation

Neben einer deutlichen Schärfung der kirchlichen Stellungnahmen zu klimapolitischen Fragen geht es in der Forderung 1 jedoch auch um die Art und Weise, wie die Kirchen ihre Unterstützung zu den Forderungen der Klimagerechtigkeitsbewegung kommunizieren. Papier ist geduldig, die Klimakrise nicht. Die Christians For Future wünschen sich angesichts der epochalen Krise, vor der die Weltgemeinschaft steht, die prophetische Stimme der Kirchen, die laut und für alle vernehmbar ausspricht, was die Stunde geschlagen hat. So wichtig schriftliche Stellungnahmen und Gespräche mit Vertreter*innen der Politik hinter verschlossenen Türen sind, so ungeeignet sind sie auch, um das Ohr und das Herz der Menschen zu erreichen. In der alttestamentlichen Tradition sind Propheten Menschen, die anecken, die gesellschaftliche Normen brechen und die sich weit aus ihrer Komfortzone herausbewegen. Wann sollten die Kirchen eine prophetische Rolle in der Gesellschaft einnehmen, wenn nicht jetzt?

¹⁸<https://www.ekd.de/sozialvertraegliche-umfassende-bepreisung-co2-46273.htm>

¹⁹<https://www.kirchen-fuer-klimagerechtigkeit.de/churches-for-future>

Unterstützt von der wissenschaftlicher Expertise können und müssen die Landeskirchen und Bistümer Positionen zur Klimakrise entwickeln, die in der breiten Öffentlichkeit und bei allen Mitgliedern der Kirchen bekannt gemacht werden. Kirchliche Positionen zur Klimakrise müssen nicht nur in Tagungs- und Besprechungsräumen vorgetragen und diskutiert werden, sondern im Licht der Öffentlichkeit. Wenn die Landeskirchen und Bistümer die zentralen Forderungen der FFF unterstützen, dann muss diese Unterstützung auch klar und unmissverständlich erkennbar sein. Die öffentlichkeitswirksame Kommunikation muss strategisch geplant werden und sowohl im innerkirchlichen Raum (Forderung 10–12) sowie in der breiten Öffentlichkeit angegangen werden (Forderung 3)²⁰. Dabei sind natürlich alle kirchlichen Akteure gefordert – hinter ihnen sollten sich die Landeskirchen und (Erz-)Bistümer aber nicht verstecken, sondern diese aktiv unterstützen.

Teilweise gibt es diese Unterstützung bereits, besonders von Seiten der evangelischen Landeskirchen und EKD. Dagegen sind diese Zeichen der Unterstützung von Seiten der katholischen (Erz-)Diözesen und der DBK bisher selten, vage und leise, wogegen einige Verbände und Werke schon viel tun. So erweckt es Aufmerksamkeit, wenn Bischöfe auf den Klimastreiks der FFF mitgehen und ihre Mitglieder dazu aufrufen oder wenn Kirchen zum Klimastreik läuten und Fahnen der Klimagerechtigkeitsbewegung hissen. Aber diese Zeichen der Unterstützung sind insgesamt sehr rar und zaghaft.

FORDERUNG 2: Die Kirchenleitungen stehen zusammen mit anderen Religionsgemeinschaften auf nationaler und regionaler Ebene in regelmäßigem strukturierten Austausch mit der Klimagerechtigkeitsbewegung mit dem Ziel, sich gemeinsam für Klimagerechtigkeit einzusetzen.

Die Kirchen haben sich seit Jahrzehnten für die Bewahrung der Schöpfung eingesetzt. Sie verfügen über viel Fachwissen, Erfahrungen und personelle Ressourcen, umfassende innerkirchliche Netzwerke und Kommunikationsmöglichkeiten, Kontakte zu vielen anderen gesellschaftlichen Akteuren und zu politischen Entscheidungsträgern.

Die Klimagerechtigkeitsbewegung hat besonders seit 2018 viele neue Impulse für das Engagement für Klimagerechtigkeit gegeben. In der Klimagerechtigkeitsbewegung wird der Einsatz für Klimagerechtigkeit, bzw. die Option für die Opfer der Klimakrise, mit neuer Vehemenz und neuen Aktionsformen belebt. Besonders die For Future Bewegung hat eine neue Dynamik in die Thematik gebracht und viele Menschen angesprochen, die sich bisher nicht aktiv für den Schutz der Umwelt und des Klimas engagiert haben.

²⁰Siehe auch Abb. 1.

Die Wahrnehmung der Christians For Future ist es, dass es viele Menschen gibt, die sowohl in der Klimagerechtigkeitsbewegung als auch in den Kirchen aktiv sind. Auf institutioneller Ebene ist der Austausch bisher jedoch wenig entwickelt. Solch ein Austausch wird dadurch erschwert, dass die Klimagerechtigkeitsbewegung ihrer Struktur nach sehr verschieden ist von den Kirchen. Sie benutzt eine andere Sprache und andere Prozesse als die Kirchen. Gerade aufgrund dieser Unterschiedlichkeit können Kirchen und die Aktivist*innen in der Klimagerechtigkeitsbewegung allerdings sehr viel voneinander lernen, sich gegenseitig unterstützen und sich im Engagement gegenseitig bereichern. Die Aktivist*innen können die Wandlung der Kirchen hin zu Klimaneutralität und zu einem klimagerechten Bewusstsein unterstützen. Die Kirchen können Menschen ansprechen, die ihren Glauben bisher nicht mit der Klimagerechtigkeit und der ethischen Verantwortung für unsere Mitmenschen und Mitgeschöpfe in Verbindung gebracht haben. Wie die DBK selbst schreibt: „Weil Kirche nur ein gesellschaftlich-politischer Akteur unter vielen ist, muss sie den Dialog mit jenen suchen, die sich einsetzen für die Zukunft der Erde als gemeinsames Haus aller.“²¹

Die Forderung 2 zielt darauf ab, dass es einen regelmäßigen und strukturierten Austausch zwischen den Leitungen der Religionsgemeinschaften und der Klimagerechtigkeitsbewegung gibt. Dieser sollte wegen der Pluralität der Gesellschaft und der Klimabewegung und der großen Potentiale der Bereicherung zwischen Religionsgemeinschaften interreligiös sein. Bei diesem Austausch ist die Beteiligung der Leitungsebenen der Religionsgemeinschaften wichtig. Die Beteiligung von Umweltbeauftragten ist zwar aufgrund ihrer Fachkompetenz wichtig. Die meisten katholischen Umweltbeauftragten haben aber z. B. kein politisches Mandat und auch Divestment ist außerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs. Zudem sind katholische Umweltbeauftragte nicht in der Machtposition, grundlegende Veränderungen zu beschließen. Auf evangelischer Seite ist das ähnlich. Auch wenn die Leitungen selbst ebenfalls nur eingeschränkt entscheiden können, sind sie diejenigen mit den umfassendsten Gestaltungsmöglichkeiten.

Die Formen und Möglichkeiten eines solchen regelmäßigen Austausches sind abhängig von den örtlichen Gegebenheiten in den religiösen Institutionen wie in der Klimabewegung. Es ist sinnvoll, Vertreter*innen von FFF, P4F, C4F, CFF, und eventuell XR, den Umweltverbänden, sowie weiteren lokalen Gruppierungen wie z. B. „Kirche(n) im Dorf lassen“ einzubinden. Auf nationaler Ebene könnten eventuell bestehende zivilgesellschaftliche Netzwerke wie die Klimaallianz oder das ökumenische Netzwerk Klimagerechtigkeit der institutionelle Rahmen für solch einen strukturierten regelmäßigen Austausch sein.

²¹Zehn Thesen zum Klimaschutz, S. 29.

FORDERUNG 3: Die Kirchenleitungen auf nationaler und regionaler Ebene machen mit regelmäßigen öffentlichkeitswirksamen Aktionen, zum Beispiel persönlicher Beteiligung an Demonstrationen zum Globalen Klimastreik, Menschenketten für Klimagerechtigkeit, Mahnwachen oder ähnlichem, auf die Dringlichkeit des Klimaschutzes aufmerksam.

Warum ist das Engagement der Kirchen bisher nicht öffentlichkeitswirksam?

Die Kirchen engagieren sich schon auf vielfältige Weise für Klimagerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung, und viele Menschen innerhalb der kirchlichen Strukturen haben die Wahrnehmung, dass das Engagement der Kirchen bereits sehr stark ist. In der Öffentlichkeit wird diese Wahrnehmung kaum geteilt. Die Erfahrung der Aktiven innerhalb der Christians For Future ist stattdessen, dass nicht nur die breite Öffentlichkeit wenig über die Aktionen und die Positionen der Kirchen informiert ist, sondern dass auch die Mitglieder in den Gemeinden nur bedingt wissen, dass die Kirchenleitungen zahlreiche Stellungnahmen der Kirchen zu Klimagerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung veröffentlicht haben.

Es gibt mehrere Gründe dafür, dass das kirchliche Engagement für Klimagerechtigkeit der Kirchen in der breiten Öffentlichkeit und – zum Teil – auch von den Gläubigen wenig wahrgenommen wird. Einerseits wird ein öffentlichkeitswirksames Handeln teilweise bewusst vermieden²². Eine solche Vermeidung mag damit zu tun haben, dass es kontroverse Positionen in Kirche und Öffentlichkeit dazu gibt, wie politisch Kirche sein darf und was genau mit einem politischen Engagement gemeint ist. In unseren Gesprächen mit Kirchenvertreter*innen wurde auch beschrieben, dass sich Kirche mit Forderungen zum Thema Klimagerechtigkeit zurückhält, weil die internen Bemühungen, beispielsweise um die Umstellung auf erneuerbarer Energie oder um ein vollständiges Divestment, als noch nicht ausreichend angesehen werden könnten. Kirchen, die weitgehende Forderungen an die Politik stellen, ohne selber schon alle notwendigen Schritte hin zu Klimaneutralität getan zu haben, könnte der Vorwurf der Scheinheiligkeit gemacht werden.

Besonders wichtig ist dabei das, was in der katholischen Kirche „Option für die Opfer der Klimakrise“ genannt wird: Wie stark leben die Kirchen den engagierten Einsatz für Ausgegrenzte und Benachteiligte? Das Bewusstsein dieser Option scheint oft gerade auf katholischer Seite noch wenig ausgeprägt, sodass man sich nicht traut, deutlich Stellung zu beziehen.

Ein anderer Grund ist, dass ein offensives öffentlichkeitswirksames Auftreten der Kirchen außerhalb des traditionellen kirchlichen Rahmens, z. B. zusammen mit der Klimagerech-

²²Zum Beispiel bei fehlender Öffentlichkeit von Divestment, vagen Formulierungen in Stellungnahmen oder fehlender Teilnahme bei Demonstrationen.

tigkeitsbewegung, sehr ungewohnt ist und wie ein Tabubruch erscheint. Ein letzter möglicher Grund ist, dass positive Maßnahmen der Kirchen in der Presse keinen Neuigkeitswert haben und Presse tendenziell eher auf negative Schlagzeilen fokussiert. Die ersten zwei Gründe werden im Folgenden ausführlicher diskutiert.

Darf Kirche politisch sein?

In der Wahrnehmung der Autor*innen dieses Hintergrundpapiers wird es in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert, wie stark die Kirche sich in politische Fragen einmischen darf. Erstens ist hier klarzustellen, dass es in Bezug auf die Klimakrise nicht um eine parteipolitische Positionierung geht, sondern um eine grundsätzliche Positionierung als Anwälte für die Opfer der Klimakrise. Die Betonung der Notwendigkeit der Bekämpfung der Klimakrise ist überparteilich, wie auch die Klimagerechtigkeitsbewegung überparteilich ist.

Trotz diesem Hinweis bleibt die berechtigte Sorge, dass eine politische Einmischung der Kirchen fehlgeleitet sein kann. Entscheidend für ein politisches Engagement ist es, dass es auf einer umfassenden ethischen Reflexion und der Abwägung ethischer Güter im Licht der Option für die Opfer der Klimakrise fußt. Aus sozialetischer Sicht ist die Lage deutlich klarer. Christ*innen tragen eine ethische Verantwortung, die sich nicht nur auf ihren persönlichen Bereich bezieht, sondern auch in ihren beruflichen und gesellschaftlichen Rollen Gültigkeit hat. Dies gilt besonders, wenn die politisch Verantwortlichen Misstände verursachen oder dulden. Hier zeigt die biblische Tradition (z. B. Propheten) ebenso wie die Geschichte der Kirche (z. B. Barmer Theologische Erklärung), dass es einer aktiven Rolle von Gläubigen immer wieder bedurfte und eine solche auch gegeben hat. Aus theologischer Sicht gibt es daher keinen Zweifel daran, dass Kirche politisch sein muss, um ihren Grundprinzipien gerecht zu werden. Diese Pflicht muss sehr viel deutlicher auch gegenüber den Gläubigen vermittelt werden (siehe auch Forderung 10–12).

In einer pluralen Gesellschaft und im Geiste der Zusammenarbeit „mit allen Menschen“ aus *Gaudium et Spes* (z. B. GS 57.77.90) ist es in unseren Augen geboten, bei diesen Aktionen möglichst oft zusammen mit der breiten demokratischen Zivilgesellschaft zu kooperieren. Dies hat auch pragmatische Gründe: Nur gemeinsam erreicht man wirklich starke Wirkung auf Gesellschaft und Politik. Zudem ist es wünschenswert, dass diese Aktionen nicht alleine stehen, sondern in strategische Kampagnen eingebettet sind. Ein besonders gutes Beispiel dafür ist der kirchliche Einsatz in den Diskussionen um das Kraftwerk Moorbург und das Hamburger Fernwärmenetz.

Dazu der Ratsvorsitzende der EKD Bedford-Strohm bei der Menschenkette für Klimagerechtigkeit in München: „Wie könnte ich das alles hinter mir lassen, wenn ich wieder nach Deutschland zurückfahre und hier die Diskussionen um die Klimaziele verfolge. Ich kann ja gar nicht anders als mich hier in die politischen Debatten einzumischen, wenn ich den

Menschen in Tansania, die ich gerade noch als ‚Schwestern und Brüder‘ angeredet habe, in die Augen sehen will.“

Warum Kirchenleitungen?

Oft wird argumentiert, Politik sei nicht die Aufgabe von Kirchenleitungen, und andere Akteure wie Hilfswerke, Verbände und Diözesanräte würden bereits gute Arbeit machen. Kirchenleitungen haben aber eine in der Öffentlichkeit herausgehobene Rolle. Gerade wegen dieser herausgehobenen Rolle ist ihr Handeln wichtig, idealerweise als Unterstützung und Lautsprecher der bestehenden guten Arbeit anderer. Zudem ist es wie für alle Christ*innen Aufgabe der Kirchenleitungen, ihre Privilegien dafür zu nutzen, Stimme für die Opfer des Klimawandels zu sein, und nicht nur für institutionelle Interessen einzutreten.

Darf Kirche Forderungen stellen ohne selber bereits klimaneutral zu sein?

In den vorbereitenden Gesprächen zu der Kampagne der Christians For Future haben einige Hauptamtliche der Kirchen die Sorge geäußert, dass die Kirchen sich nicht so offensiv für Klimagerechtigkeit einsetzen können, weil sie noch nicht ihre „Hausaufgaben gemacht haben“. Nach dieser Logik, dürfen auch einzelne Bürger*innen keine klimapolitischen Forderungen an die Politik stellen, ohne selber vorbildlich nachhaltig zu leben. Kompensationsfreie Klimaneutralität ist ohne gesellschaftlichen Wandel kaum erreichbar – hierin unterscheidet sich der Einsatz für Klimagerechtigkeit grundlegend von fast allen anderen ethischen Fragestellungen – und auf den eigenen Wandel zu warten, ist ein fundamentaler Fehlschluss. Nichtsdestoweniger trägt eine öffentliche Selbstverpflichtung auf die Umsetzung des 1,5°C-Zieles in den eigenen Institutionen und die seriöse Umsetzung dieser Verpflichtung natürlich zur Glaubwürdigkeit der Kirchen in der Klimadebatte bei. Auch aus rein pragmatischen Gründen ist es nicht sinnvoll, klimapolitische Forderungen abzuschwächen oder nur defensiv zu veröffentlichen. Wir haben zu wenig Zeit, um abzuwarten, bis alle Kirchen intern beispielhaftes Energiemanagement betreiben, bevor die Kirchen sich laut und offensiv für eine bessere Klimapolitik einsetzen.

Wie könnte ein öffentlichkeitswirksames Klimaengagement der Kirchen aussehen?

Es gibt viele Menschen und Institutionen in den Kirchen, die sich engagieren können, und viele Möglichkeiten, wie man als Kirchen Zeichen setzen kann. Wir sollten sie endlich alle nutzen. Die Kirchenleitungen sind aber die Personen in den Kirchen, die am öffentlichkeitswirksamsten Zeichen setzen können. Während auf evangelischer Seite schon vielfältig in dieser Richtung gehandelt wird, liegt dieses Feld auf katholischer Seite weitestgehend brach.

Ein Beispiel sind Teilnahmen an den großen Klimaaktionstagen. Auf evangelischer Seite haben schon oft Leitungspersonen an diesen teilgenommen, während auf katholischer

Seite bisher nur Bischof Oster und evtl manche Weihbischöfe, z. B. in Essen, teilgenommen haben. Gerade die Reaktionen auf die Teilnahme von Bischof Oster zeigen, wie wirkungsvoll und wichtig solche Teilnahmen sind. An anderen Orten außerhalb Deutschlands sind solche Teilnahmen normal: Der Bischof von Innsbruck nimmt an jedem Klimaaktionstag teil.

Besonders wichtig sind die Aufrufe der EKD, DBK, Landeskirchen und (Erz-)Bistümer zu den großen Klimaaktionstagen. Die EKD hat dies z. B. über den ihren Ratsvorsitzenden gemacht.²³ Vom Umweltbischof der DBK gibt es zwar unterstützende Statements. Allerdings haben die DBK oder der Umweltbischof bisher nicht deutlich und unmissverständlich zur Teilnahme an den Klimaaktionstagen aufgerufen. Zudem wurde das Statement in 2020 erst am Tag der Klimademonstration selbst veröffentlicht und in einem Format, das nur die allerwenigsten Katholik*innen finden. Im Vergleich zu 2018 ist die Stellungnahme eine positive Entwicklung. Viele Landeskirchen rufen regelmäßig und vorbildlich zu den Klimaaktionstagen auf, während auf katholischer Seite das bisher leider von Seiten der Bistümer nur selten vorkommt. Ein noch stärkeres Engagement ist es, wenn Bischöf*innen, Synodenvorsitzende und andere Personen in Leitungspositionen in den Kirchen selber an den Klimademonstrationen teilnehmen.

Es gibt aber auch abseits von den Klimaaktionstagen viele Möglichkeiten. Eine der wichtigsten Auseinandersetzungen in der deutschen Klimadebatte ist der Kohleausstieg. In diesem hat die katholische Kirche durch den Verkauf von Kirchen durch Pfarreien an RWE in den letzten Jahren eine unrühmliche Rolle gespielt, was leider auch mit dem alten Prinzip „Kein Kirchenland in RWE Hand“ gebrochen hat. Dies schien sich Anfang dieses Jahres zu ändern und Bischof Dieser hat die Entwidmung der Kirche in Keyenberg verschoben. Leider wurde nun doch beschlossen, die Kirchen zu entwidmen, was ein großes moralisches Versagen ist. Es böten sich dank der exzellenten Arbeit von „Kirche(n) im Dorf lassen“ viele Gelegenheiten, in denen die Diözese sehr sichtbare Zeichen für kirchlichen Einsatz für Klimagerechtigkeit setzen könnte. Leider scheint das Bistum dies nicht zu wollen. Ganz besonders wichtig wäre die Bewahrung der Kirchen in Keyenberg, Kuckum und Berverath. Eine weitere Chance ist die „Eibenkapelle“ (Grundstück Gemarkung Immerath, Flur 12, Flurstück 15) zu erhalten und einen Verkauf an RWE zu verhindern²⁴.

Es gibt eine ganze Reihe möglicher Beispiele aus den Landeskirchen. Für unsere eigene Arbeit in diesem Jahr sehr wichtig war das Eintreten des Präses der Rheinischen Landeskirche Thorsten Latzel für den Kreuzweg von Garzweiler nach Gorleben, ganz besonders nach den Verletzungen von Pilgernden durch die Polizei²⁵. Eine solche öffentliche Solidarität hilft und schützt Aktivist*innen und war gerade in dieser Situation auch von großem

²³<https://www.ekd.de/ekd-ratsvorsitzender-ruft-zum-klimaprotest-auf-59156.htm>

²⁴<https://www.kirchen-im-dorf-lassen.de/>

²⁵<https://www.evangelisch.de/inhalte/188816/26-07-2021/kreuzweg-fuer-die-schoepfung-polizeieinsatz-kirche-bittet-innenminister-um-klaerung>

seelsorgerischem Wert. Ein anderes Beispiel aus unserer Arbeit ist die Menschenkette für Klimagerechtigkeit in München, an der die ELKB und Landesbischof Bedford-Strohm stark beteiligt waren. Ein wichtiges Beispiel findet sich in England, wo der frühere Erzbischof von Canterbury Rowan Williams auf vielfältige Art und Weise z. B. Christian Climate Action, die in England die Christen bei Extinction Rebellion sind, unterstützt²⁶.

Es gibt aber auch viele Möglichkeiten, eigene Akzente zu setzen: Eine schon lange gepflegte Tradition ist das Klimapilgern vor den COP Konferenzen.²⁷ Auch am Schöpfungstag, bzw in der Schöpfungszeit, gäbe es eine gute Gelegenheit, dass Kirchenleitungen klare, politisch wirksame Zeichen setzen. Dieses Jahr zum Beispiel mit einer Videoaktion des Ökumenischen Netzwerks für Klimagerechtigkeit, in dem acht Kirchenleitungen deutliche Worte zu Klimagerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung finden und diese auch deutlich auf die Wahl bezogen werden.²⁸ Es gibt auch ähnliche interreligiöse Tage wie der Aktionstag #Faiths4Climate von Green Faith²⁹.

Die Kirchen haben ein solches Handeln bei einem wichtigen anderen Thema zumindest ansatzweise geschafft: dem Einsatz für den Schutz und die Aufnahme von Geflüchteten. Dort gibt es seit 2015 in Deutschland eine sehr gelungene und glaubwürdige Kombination kirchlichen Handelns in den Gemeinden, begleitet von klaren öffentlichen Stellungnahmen und symbolischem Handeln. Dies wird heute weiter fortgeführt, zum Beispiel mit dem vorbildhaften Projekt United for Rescue.

FORDERUNG 4: Die Kirchenleitungen suchen das persönliche Gespräch mit der Politik und fordern einen deutlichen Wandel hin zu klimagerechter Politik.

In der Forderung 3 der Christians For Future geht es um eine öffentlichkeitswirksame Kommunikation der kirchlichen Positionen zum Klimawandel. Die Forderung 4 zielt darauf ab, dass Vertreter*innen der Kirchen in vertraulichen Gesprächen mit Politiker*innen Klimagerechtigkeit thematisieren. Kirchenleitungen und ihre Vertreter*innen haben regelmäßigen Kontakt zu Politiker*innen. Sei es bei Empfängen, persönlichen Treffen, aber zum Beispiel auch im schriftlichen Austausch. Zudem haben die Kirchenleitungen ihre Vertretungen in Berlin, die EKD mit dem Bevollmächtigten des Rates der EKD, die katholische Kirche mit dem katholischen Büro Berlin. Ähnliche Vertretungen gibt es auf Ebene der Bundesländer. Dies Kontakte dienen unter anderem auch einem inhaltlichen und normativen Austausch zwischen den Kirchenleitungen und Politiker*innen. Es ist genuine

²⁶<https://christianclimateaction.org/2020/09/04/rowan-williams-and-bishops-join-extinction-rebellion-as-christians-arrested/>

²⁷<https://www.evangelisch.de/inhalte/189438/13-08-2021/klimapilgerweg-mit-ekd-vertreterinnen-kurschus-und-heinrich>

²⁸ <https://www.kirchen-fuer-klimagerechtigkeit.de/artikel/entschlossen-mit-hoffnung-und-mit-verstand>

²⁹<https://www.woek.de/themen-projekte/oekum-arbeitsstelle-anthropozoen/aktuell/detail/religionen-machen-druck-fuer-mehr-klimagerechtigkeit/>

Aufgabe der Kirchenleitung, sich für die Unterdrückten wie die Opfer der Klimakrise und die Schöpfung einzusetzen. Wir haben nur noch wenig Zeit zur Abwendung großen Leids. Daher sind die Kontakte mit Politiker*innen auch dementsprechend zu gestalten und diese Gelegenheiten für den Einsatz gegen die Klimakrise zu nutzen. Dies muss nun endlich von allen Vertreter*innen der Kirchenleitungen gelebt werden.

Die größte Chance für Advocacyarbeit der Leitungsebenen ist vermutlich ihr einfacher und teilweise im Alltag stattfindender Zugang zu Politiker*innen. Zudem wäre aber auch wünschenswert, dass bei drängenden Entscheidungen wie politischen Kippunkten Einzelgespräche zur Klimakrise auch gezielt gesucht werden. Solche Einzelgespräche führen natürlich auch Wissenschaftler*innen und Klimaaktivist*innen. Die Grundlage solcher Gespräche sind vor allem wissenschaftliche Fakten. Kirchenvertreter*innen haben jedoch noch mehr als andere Akteure die Möglichkeit, über politische Entscheidungen auf der Grundlage christlicher Werte und kirchlicher Lehren zu diskutieren. In gewisser Weise sind solche Gespräche manchmal daher sowohl politischer als auch pastoraler Natur.

Es gibt viele politische Entscheidungen, die aus moralischer Sicht nicht eindeutig positiv oder negativ zu bewerten sind. Oft müssen viele berechnete Interessen und Faktoren berücksichtigt werden und es gibt keine objektiv richtige Entscheidung. In einigen Situationen jedoch ist eine ethische Bewertung der möglichen Entscheidungsoptionen relativ klar. Dies ist dann der Fall, wenn die Güter, die gegeneinander abgewogen werden müssen, sehr ungleich sind. So wiegt aus ethischer Sicht die Sicherung der Existenzgrundlagen, der Gesundheit und des Lebens vieler Millionen Menschen über mehrere Generationen mehr als das aktuelle ökonomische Wohl weniger Menschen. In Situationen, in es einen großen wissenschaftlichen Konsens im Hinblick auf die Faktenlage gibt und in denen die zu schützenden Güter sehr ungleich zu gewichten sind, erfordert es auch eine deutliche ethische Bewertung der unterschiedlichen Optionen. Gerade wenn wie in der Klimakrise benachteiligte Menschen bedroht sind, die wenig Möglichkeiten haben sich zu wehren, obliegt es allen Christ*innen und ganz besonders den Leitungen ihrer Kirchen, sich für diese klar und unmissverständlich auszusprechen. Dies gilt noch einmal ganz besonders gegenüber Christ*innen in Entscheidungspositionen. Gerade gegenüber diesen kommen kirchlichen Seelsorger*innen auch eine gewisse pastorale Rolle zu. Die Erkenntnisse der Kommunikationswissenschaft weisen darauf hin, dass Werte häufig eine größere Rolle bei der Bildung und bei der Änderung von Meinungen spielen als Fakten. Insofern kommt den Kirchen eine sehr wichtige Rolle zu. Wie in vielen anderen historischen Krisen der letzten Jahrzehnte setzen auch heute noch viele Menschen ihre Hoffnungen in die moralische Stimme der Kirchen. In der existentiellen Krise, in der wir uns befinden, können und müssen Kirchen Treiber und Impulsgeber sein, und Entscheidungsträger*innen an ihre eigenen Werten erinnern und sie daran messen.

In Einzelfällen kann es auch nötig sein, politisches Fehlverhalten öffentlich zu verurteilen. Das ist beispielsweise im Hinblick auf die Migrationspolitik der EU der Fall, die von Papst

Franziskus deutlich verurteilt wurde. Solche Einzelfälle kommen auch in der Klimapolitik vor.

Wenn hier von Gesprächen mit politischen Entscheidungsträger*innen die Rede ist, dann ist sind Personen auf allen politischen Ebenen gemeint, angefangen von der Bürgermeisterin, über den Regionspräsidenten, Abgeordneten im Landtag und Vertreter*innen der Landesregierung bis hin zu Entscheidungsträger*innen in der Exekutive und der Legislative auf Bundesebene. Grundsätzlich können und sollen diese Gespräche alle Vertreter*innen der Kirchen führen. Allerdings haben die Pastor*innen und Priester einen oft höheren gesellschaftlichen Rang und vor allem Kirchenleitungen haben einen sehr viel besseren Zugang zu Politiker*innen als die meisten anderen Menschen in den Kirchen.

Da diese Gespräche ihrer Natur nach vertraulich sind, gibt es keine Übersicht darüber, wie häufig Vertreter*innen der Kirchen solche Gespräche führen. Angesichts der Dringlichkeit der Klimakrise und den vielen politischen Entscheidungen, die den christlichen Werten widersprechen, erscheint es jedoch notwendig, diese Art von Gesprächen sehr viel häufiger zu führen.

Gerade das katholische Büro in Berlin veröffentlicht viele wichtige Stellungnahmen zur Klimakrise. Allerdings fehlt es den Stellungnahmen der DBK teilweise an ausreichender Klarheit, was sich auch auf die beste Arbeit in katholischen Büros auswirkt. Diese Büros gibt es auch auf Landesebene. Beispielsweise haben die katholischen Büros in NRW, Bayern und Hessen keine einzige umweltpolitische Stellungnahme auf ihren Webseiten. Andere katholische Büros wie Niedersachsen, Baden-Württemberg, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Hamburg und Rheinland-Pfalz veröffentlichen keine Stellungnahmen auf ihren Webseiten, sodass nicht ersichtlich ist, ob die katholischen Büros zu Umwelt- und Klimafragen arbeiten.

Hier ist wie bei Forderung 3 zu betonen, dass natürlich auch viele andere kirchliche Akteure wie Verbände und Werke Advocacyarbeit machen. Die Kirchenleitungen haben trotzdem durch ihre Bedeutung eine besondere Verpflichtung dazu beizutragen. Dabei ist sicherlich das Beste, dies in Zusammenarbeit mit den sachkundigen Akteuren wie den Werken oder dem katholischen Büro Berlin zu tun.

FORDERUNG 5: Die internationale ökumenische Zusammenarbeit und weltkirchliche Solidarität auf den unterschiedlichen kirchlichen Ebenen wird gestärkt in Bezug auf die gemeinsame Herausforderung der globalen Klima- und Umweltkrise, die viele Länder in Afrika, Lateinamerika, Asien und Ozeanien besonders hart trifft.

In der Vergangenheit war das weltkirchliche Engagement der Kirchen vor allem darauf bezogen, die soziale, politische und pastorale Arbeit der Partnerkirchen zu unterstützen und – hier bei uns in Deutschland – darauf hinzuwirken, dass die globalen Strukturen gerechter werden und dass private Entscheidungen der Menschen in Deutschland Fragen der globalen Gerechtigkeit mit einbeziehen.

Die Forderung 5 der Christians For Future zielt darauf ab, dieses weltkirchliche Engagement auszuweiten und die Klimakrise noch intensiver in den Blick zu nehmen. Damit sollen drei Ziele verfolgt werden:

- **Die moralische Reichweite unserer klimarelevanten Entscheidungen offensiv kommunizieren**

Die Menschen in Deutschland müssen verstehen, wie sehr unser Handeln – dasjenige einzelner Menschen, das von Kirchengemeinden oder übergeordnete politische Entscheidungen – die Menschen im globalen Süden beeinflusst. Unsere Entscheidungen im Bereich Energieversorgung, Mobilität, Konsum oder Geldanlagen wirken sich indirekt auf unsere Brüder und Schwestern in unseren Partnergemeinden, Partnerdiözesen und Partnerkirchen im globalen Süden aus. Unser Einfluss ist uns häufig nicht bewusst. Teilweise wird er auch aktiv ausgeblendet, dass wir so mitunter den Frieden und die Existenzgrundlagen anderer Menschen gefährden. Die christlichen Kirchen, die den Anspruch erheben, moralische Orientierung zu bieten, sind aus Sicht der Christians For Future dazu verpflichtet, auf unseren Einfluss und die Lebensbedingungen anderswo hinzuweisen. Und zwar nicht nur zu ausgewählten Aktionen und nicht nur in schriftlichen Stellungnahmen der EKD und der DBK, die von der großen Mehrzahl der Kirchenmitglieder gar nicht wahrgenommen werden. Vielmehr sollte unser gemeinsames und individuelles Handeln in der Klimakrise Teil der kirchlichen Pastoralarbeit sein. Diese Ebene wird unter Forderung 12 weiter ausgeführt. Die Sachverständigengruppe *Weltwirtschaft und Sozialethik* der DBK betont in diesem Kontext: „Dank ihrer starken Strukturen und weltweiten Vernetzung haben die christlichen Kirchen ein besonderes Potenzial, nicht nur die eigenen, sondern auch andere, marginalisierte, Stimmen hörbar zu machen und die Perspektiven all derjenigen aufzuzeigen, die über keine eigene Lobby verfügen.“³⁰

³⁰<https://www.digi-log.org/de/artikel/38#69>

Beispielsweise könnten sich Vertreter*innen der Partnerdiözese während des Gottesdienstes per Videokonferenz oder auch in Pfarrbriefen und Kirchenzeitungen an die Gemeinde wenden und darüber berichten, welche Auswirkungen die Klimakrise bei ihnen vor Ort hat. Bei Entscheidungen auf Gemeindeebene können Klimagerechtigkeit und unsere Verantwortung gegenüber Partnern in Afrika, Asien und Lateinamerika thematisiert und in der Entscheidungsfindung berücksichtigt werden. Eine weitere Möglichkeit wäre, das Weltwärts-Programm kirchlicher Organisationen verbindlicher mit einem Engagement im Vorfeld und nach der Rückkehr zu verbinden und die Rückkehrenden vom Weltwärts Dienst stärker in die Arbeit zu Klimagerechtigkeit und anderen Themen globaler Gerechtigkeit einzubinden.

Zu dieser Bewusstseinsarbeit wird schon viel von kirchlichen Hilfswerken, Verbänden und Beauftragten in den Landeskirchen und Diözesen beigetragen und auch manche Bischöfe engagieren sich stetig – es gibt aber noch Luft nach oben, das kirchliche Engagement hier gerade angesichts der Klimakrise auszuweiten.

- **Unsere Partnerinnen und Partner im globalen Süden bei der Anpassung an die Folgen der Klimakrise und bei Protesten gegen Klima- und Umweltzerstörung unterstützen und von ihnen lernen**

Die reichen Menschen der alten Industriestaaten sind wesentlich für die Verursachung der Klimakrise verantwortlich und haben durch die Externalisierung der Kosten dafür stark profitiert. Daraus folgt die Verpflichtung, diejenigen, die nicht für die Verursachung verantwortlich sind, bei der Abmilderung der Folgen der Klimakrise und bei den notwendigen Dekarbonisierungsprozessen finanziell zu unterstützen. Gerade als Christ*innen sollten wir uns besonders dazu verpflichtet sehen und haben auch in den Kirchen schon gute Netzwerke, um eine solche Unterstützung zu bewerkstelligen. Dabei sollte diese Verantwortung durch historische Emissionen anerkannt und kirchliches Engagement ausdrücklich in diesen Zusammenhang eingeordnet werden, um Vorstellungen von einseitiger und „großzügiger“ Hilfe aus dem Norden für Länder des globalen Südens entgegenwirken. Bereits jetzt leisten die kirchlichen Hilfswerke großartige Arbeit darin, Projekte im globalen Süden zu finanzieren und zu begleiten. Diese Arbeit sollte fortgesetzt und ausgeweitet werden. Das wäre beispielsweise möglich durch mehr Kollekten für Klimaanpassungsmaßnahmen in den Partnerdiözesen und Partnerkirchen.

Möglich wären auch konkrete Partnerschaftsprojekte zwischen Gemeinden in Deutschland und in Partnerländern, beispielsweise Solarpartnerschaften mit lokalen Handwerker*innen, der Austausch zwischen Landwirt*innen, die sich an die Folgen der Klimakrise anpassen müssen, oder die Durchführung von Bauprojekten

mit Gebäuden, die klimafreundlich und widerstandsfähiger gegen Naturkatastrophen sind, beispielsweise unter Berücksichtigung der Handreichung von Misereor zu klimagerechtem Bauen³¹.

Projekte zur CO₂-Reduktion oder zur Kompensation von Emissionen bergen die Gefahr, dass aus einer neokolonialen Haltung heraus Probleme des globalen Nordens im globalen Süden gelöst werden sollen und damit ausgelagert werden, statt den Ursachen in der Lebens- und Wirtschaftsweise im globalen Norden zu begegnen. Wo Kirchen sich an solchen Projekten beteiligen, muss sichergestellt sein, dass sie von Expert*innen vor Ort unter Mitwirkung der Bevölkerung geplant und durchgeführt werden.

Dabei können die Kirchen und Menschen in Deutschland viel lernen. Der Protest gegen Klima- und Umweltzerstörung ist an vielen Orten im globalen Süden bereits seit langem geführt worden. Auch innerhalb der Kirchen können wir in Deutschland von Traditionen des Widerstandes und von alternativen Weisen des Wirtschaftens und Zusammenlebens lernen. Häufig ist vor Ort auch am meisten Expertise dafür vorhanden, wie effektiver Schutz gegen die Folgen der Klimakrise gestaltet werden muss.

- **Verstärkung der Klimadialoge mit Kirchenleitungen in anderen Ländern**

In Zusammenarbeit mit den weltweiten Partnern, ganz besonders aus Staaten mit ähnlicher Verantwortung für die Klimakrise wie Deutschland, gibt es ein großes Potential zum Austausch und zur gegenseitigen Unterstützung und Ermutigung für den entschiedenen Einsatz gegen die Klimakrise.

In vielen Ländern werden die Kirchen nach wie vor als moralische Instanz wahrgenommen – auch in Ländern, in denen die Klimakrise bislang kaum thematisiert wird. Die Kirchen könnten hier eine wichtige Rolle spielen und im internationalen Dialog auch in diesen Ländern mehr Bewusstsein für die Klimakrise wecken. Gleichzeitig mangelt es aber oft auch bei einigen Teilen der Kirchen in Deutschland noch an Bewusstsein und in einigen Themen können die Kirchen in Deutschland noch viel von ihren internationalen Partnern und deren Traditionen lernen. Es gibt dafür viele gute Beispiele, z. B. gemeinsame Tagungen wie die kürzlich stattgefundenene Tagung der European Society for Theology zum Thema „Creation, Transformation, Theology“, die Laudato-Si'-Konferenz 2018, ganz besonders die Amazonas-Synode im Vatikan, die schon lange stattfindenden internationalen Austauschformate des Ökumenischen Prozesses und innerhalb des ökumenischen Rates der Kirchen, und auch z. B. die „Environmental Justice Conference. Building back better after Corona“ in Bad Schönbrunn, Schweiz, von Jesuiten am Lassalle-

³¹<https://www.misereor.de/fileadmin/publikationen/positionspapier-klimagerechtes-bauen.pdf>

Haus, Leuphana-Uni (Lüneburg), Georgetown University und Sustainability Institute (Südafrika). Ein anderes Beispiel sind die Kooperationen von Renovabis in Osteuropa, wie die Zusammenarbeit mit der Ukrainischen griechisch-katholische Kirche.

Diesen gegenseitigen Austausch gilt es gerade von Seiten der Kirchenleitungen zu unterstützen und auszuweiten.

UMSTELLUNG DES EIGENEN HANDELNS IN DEN KIRCHEN

FORDERUNG 6: Die Landeskirchen und (Erz-)Bistümer setzen sich das Ziel, bis 2030 Klimaneutralität zu erreichen. Haushaltsplanungen und Investitionsentscheidungen werden an diesem Ziel ausgerichtet.

Alle kirchlichen Akteure müssen klimaneutral werden

Um eine massive Klimakrise zu vermeiden und das verbleibende CO₂-Budget nicht zu überschreiten, ist es wichtig, dass alle Akteure ihre Emissionen reduzieren und klimaneutral werden. Die Christians For Future fordern, dass (Erz-)Diözesen und Landeskirchen sich das Ziel setzen, in ihren eigenen Institutionen bis 2030 klimaneutral zu werden. Die Kirchenleitungen können den Gemeinden, kirchlichen Stiftungen und anderen kirchlichen Institutionen auf lokaler Ebene nur sehr bedingt vorschreiben, klimaneutral zu werden. Sie können jedoch selber vorangehen, Überzeugungsarbeit leisten, finanziell und beratend unterstützen und auf einen innerkirchlichen Konsens zur Klimaneutralität hinwirken.

Das Ziel, bis 2030 klimaneutral werden zu wollen, hat eine wichtige gesellschaftliche Vorbildwirkung. Damit senden wir ein klares, mit dem eigenen Handeln untermauertes Signal an Politik und Gesellschaft. Es ist gleichzeitig auch eine klare Vision für die eigenen Gemeinden, die zum Handeln motiviert. Zudem zeigt sich auch hier wieder die Wichtigkeit gesellschaftlichen Engagements: Abgesehen von der ethischen und religiösen Notwendigkeit des gesellschaftlichen Einsatzes für Klimagerechtigkeit hilft ein beschleunigter Wandel der Gesellschaft auch bei der Umsetzung der eigenen Klimaneutralität.

Bei der Durchführung der Maßnahmen ist die Vorbildwirkung in die Gesellschaft hinein ein überaus wichtiger Aspekt, mit dem eventuell sogar mehr Wirkung erzielt werden kann als durch die eigene Emissionsreduktion an sich: Der Aufbau von Photovoltaikanlagen ist beispielsweise bekannt dafür, eine sehr große Vorbildwirkung zu entfalten,³² und dies gilt sicherlich besonders bei involvierten Gemeindemitgliedern. Einen ähnlichen Effekt kann man auch durch eine Umrüstung auf Wärmepumpen, den Umstieg in der Beschaffung oder über den Einsatz für klimaneutrale Mobilität der Mitarbeitenden erreichen. Das Klimaschutzkonzept des Erzbistums Freiburg fordert z. B. explizit die „Politische Initiative

³²<https://www.nature.com/articles/s41598-021-87714-w>.

auf Landesebene zur Verbesserung des ÖPNV im ländlichen Raum“ als Maßnahme zum Erreichen des Klimaziels.³³

Die Klimaziele haben auch eine ganz praktische Funktion: Heutzutage scheitern Umweltbeauftragte oft an ihrer eigenen Verwaltung oder Kirchenleitung. Ein fest verankertes Klimaziel des Bistums oder der Landeskirche würde helfen, dass alle an einem Strang ziehen.³⁴

Klimaneutralität umfasst Scope 1, 2 und 3, jedoch auch die Option der Kompensation

Fridays For Future fordert Klimaneutralität Deutschlands bis 2035, basierend auf dem vom Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) berechneten CO₂eq Budgets für 1,5°C³⁵. Es ist eine moralische Verantwortung der Kirchen, sich an dem 1,5°C-Ziel zu orientieren. Wir fordern Klimaneutralität bis 2030 von den Kirchen, da die Kirchen deutlich einfacher zu dekarbonisieren sind als z. B. die Stahlindustrie oder der Schwerlastverkehr. Zudem haben Kirchen eine Vorbildrolle. Unsere Forderungen decken sich mit den besten Zielen kirchlicher Institutionen weltweit und in Deutschland.

Unsere Forderung bezieht sich auf Scope 1, 2 und 3 CO₂eq-Emissionen. Die Einteilung in Scope 1, 2 und 3 Emissionen stammt aus dem *Greenhouse Gas Protocol* (GHG Protocol), einem Standard zur Messung und Kommunikation der Treibhausgasemission. Scope 1 umfasst die direkten Emissionen in der eigenen Institution. Scope 2 bezieht sich auf Emissionen durch Energieversorger und umfasst im Wesentlichen Emissionen aus der Stromerzeugung. Scope 3 umfasst die indirekte Freisetzung klimaschädlicher Gase durch eingekaufte Waren. Das GHG Protocol ist eine internationale Standardreihe zur Bilanzierung von Treibhausgasemissionen in Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen. Die Entwicklung des GHG Protocols wird vom World Resources Institute und dem World Business Council for Sustainable Development koordiniert.

In einer noch nicht klimaneutralen Gesellschaft sind Scope 3 Emissionen nicht vollständig reduzierbar. Diese Emissionen können jedoch durch die Überproduktion von Photovoltaikanlagen auf Gebäuden in Kirchenbesitz oder die Wiedervernässung von Mooren kompensiert werden.

Machbarkeit

Einige (Erz-)Diözesen und Landeskirchen projizieren jetzige Maßnahmen in die Zukunft, darunter auch ungeeignete Maßnahmen wie den Umstieg von Öl- auf Gasheizungen, und berechnen auf dieser Grundlage Klimaziele. Die so errechneten Ziele sind meistens unzureichend, beispielsweise eine Reduktion des CO₂-Ausstoßes um 80% bis 2050. Man findet diese Methodik z. B. in vielen Klimaschutzkonzepten. Ein in unseren Augen sinnvollerer

³³<https://www.ebfr.de/media/download/integration/1390290/klimaschutzkonzept-erzdioezese-freiburg.pdf>, S. 109.

³⁴Vgl. die Ergebnisse einer Studie in Benediktinerklöstern: Georg Winkler, *Mit Freude und Hirnschmalz: Impulse benediktinischer Spiritualität für nachhaltige Lebens- und Wirtschaftsstile*, München 2018.

³⁵Siehe die Machbarkeitsstudie des Wuppertal Instituts <https://fridaysforfuture.de/studie/>

Vorgehen, das gerade besonders von drei (Erz-)Bistümern vertreten wird, besteht darin, die Klimaschutzziele auf der Basis der Physik des Klimawandels und unserer christlichen Ethik festzulegen. Darauf aufbauend werden dann die für das Erreichen des Zieles benötigten Maßnahmen identifiziert. Diese müssen sehr ambitioniert sein. Aber es gibt im kirchlichen Raum keine technischen Hindernisse, sie zu erreichen – abgesehen von Bruchteilen der Scope 3 Emissionen. Es ist möglich, Elektrizität auf nicht EEG-geförderte, neue erneuerbare Energien umzustellen. Berufliche Alltagsmobilität ist bis 2030 gut CO₂-neutral machbar. Die größte Herausforderung ist die Elektrifizierung und Reduktion des Wärmeverbrauchs, der den Großteil der Emissionen ausmacht. Prinzipiell ist diese durch Wärmepumpen und andere Techniken leistbar.

Die Realisierbarkeit von Klimaneutralität bis 2030 wurde kürzlich im neuen Klimaschutzkonzept für die Erzdiözese Freiburg untersucht.³⁶ Dabei kommen die Expert*innen zum Schluss „dass bis zum Jahr 2030 die Klimaneutralität rechnerisch möglich wäre“, wobei sich die Parameter und die Definition von Klimaneutralität etwas von den unseren unterscheiden. Im Konzept wird von wenig gesellschaftlichem Wandel ausgegangen und der angenommene Hintergrund ist z. B. durch das neue Klimaschutzgesetz der Bundesregierung zum jetzigen Zeitpunkt schon wieder veraltet. Wir halten das Ziel für einfacher realisierbar als im Klimaschutzkonzept ausgeführt, weil wir mit einem stärkeren gesellschaftlichen Wandel rechnen, zu welchem die Kirchen beitragen sollen.

Aktuelle Bemühungen um Klimaneutralität in den Kirchen

Die Erzbistümer Freiburg und Köln sowie das Bistum Augsburg³⁷, die Caritas Deutschland und als Beispiel aus dem Ordensbereich die Oberzeller Franziskanerinnen haben sich bereits dieses Ziel gesetzt. Auch der BDJ fordert von kirchlichen Institutionen Klimaneutralität bis 2030 und der BDJ-Bundesverband, die BDJ-Diözesanverbände und die Bundesebenen der Jugendverbände wollen bis 2030 klimaneutral sein.³⁸ International haben die Church of England und die Church of Wales sich dieses Ziel gesetzt. Es gibt aber auch staatliche Akteure mit diesem Ziel: Die Verwaltung des Freistaates Bayern, die Bundesverwaltung der Bundesrepublik Deutschland und die Verwaltung der EU-Kommission haben alle das Ziel, bis 2030 klimaneutral zu sein. Auch viele Kommunen wollen schnell klimaneutral werden, die gesamte Stadt München soll beispielsweise bis 2035 klimaneutral sein.³⁹

Die DBK hat kein gemeinsames Klimaziel – sie fordert zwar in „Zehn Thesen zum Klimaschutz. Ein Diskussionsbeitrag“ von 2019 Klimaneutralität bis 2050 von Deutschland und

³⁶<https://www.ebfr.de/media/download/integration/1390290/klimaschutzkonzept-erzdiocese-freiburg.pdf>

³⁷<https://bistum-augsburg.de/content/download/227788/file/2020-10-04%20Bischof%20Hirtenwort%202020%20Erntedank%20-%20Franziskus.Langfassung.pdf>

³⁸https://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/Dokumente/Beschluesse/5/5_30_Klimagerechtigkeit_jetzt_final.pdf

³⁹https://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Referat-fuer-Gesundheit-und-Umwelt/Klimaschutz_und_Energie/Klimaneutralitaet.html

in logischer Folge müsste das dann auch für die DBK gelten. Es wurde aber nie als eigenes Ziel formuliert und es wird auch in den Handlungsempfehlungen nicht erwähnt.

Auf Bistumsebene gibt es die oben genannten Vorreiter, aber auch viele, die lange noch nicht so weit sind. Nur acht Bistümer haben Klimaziele formuliert. Dabei haben nur Köln, Augsburg, Freiburg und (mit wohlwollender Interpretation) Osnabrück Neutralitätsziele. Einige Bistümer haben Reduktionsziele von -50% bis 2030⁴⁰, andere nur -85% bis 2050⁴¹. Die überwältigende Mehrheit der Bistümer hat gar keine Ziele. Es ist eine sehr positive Entwicklung, dass überhaupt Ziele gesetzt werden, doch müssten diese in unseren Augen auch zu den sich aus dem Klimawandel ergebenden objektiven Notwendigkeiten passen. Zudem ist es besonders problematisch, wenn die Ziele der Kirchen unter denen der Bundesrepublik Deutschland liegen, denn das hat potentiell eine bremsende Wirkung auf die deutsche Klimapolitik und wirft zudem ein schlechtes Licht auf die Kirchen.⁴² Insgesamt ist das Fehlen von Zielen in den meisten Bistümern desaströs.

Die Synode der EKD hat ein Klimaneutralitätsziel bis 2050 vorgegeben und einen Reduktionspfad definiert. Die Landeskirchen sind nicht an die Beschlüsse der EKD gebunden, deswegen sind ihre eigenen Ziele entscheidend. Einige Landeskirchen haben in den letzten Jahren ihre Ziele sehr lobenswert verschärft: Die Landeskirche Westfalen hat das Ziel, Klimaneutralität bis 2040 zu erreichen, Württemberg diskutiert momentan über einen Zeitraum von 2035 bis 2040.⁴³ Manche diskutieren derzeit darüber, Ziele einzuführen. Die überwiegende Mehrheit hat aber Pfade, die eine Reduktion um 80% bis 2050 vorsehen (z. B. das Klimaschutzkonzept der ELKB), Klimaneutralität bis 2050 anpeilen (Lippische Landeskirche) und andere Landeskirchen haben gar keine Ziele. Wir hoffen, dass die momentane Dynamik, die Ziele der Landeskirchen zu verschärfen, anhält und die EKD auch ihr eigenes Klimaziel korrigiert.

FORDERUNG 7: Die Landeskirchen und (Erz-)Bistümer stellen sicher, dass alle land- und forstwirtschaftlichen Flächen in kirchlichem Besitz bis 2035 klimapositiv und nach den Kriterien des Ökolandbaus bewirtschaftet werden. Neuverträge werden ab sofort nach diesen Kriterien abgeschlossen. Auf den Einsatz von Torf wird ab sofort verzichtet.

Was hat der Boden mit der Klimakrise zu tun?

Der Fokus der Kampagne der Christians For Future ist das Engagement der Kirchen gegen die Klimakrise. Die Klimakrise ist jedoch nicht die einzige ökologische Herausforderung, der wir uns als Kirche und als Gesellschaft gegenübersehen. Der Weltbiodiversitätsrat und der Weltklimarat haben im Juni 2021 einen Workshopbericht veröffentlicht, in dem die

⁴⁰z.B. Eichstätt und Regensburg

⁴¹ z.B. Rottenburg-Stuttgart <https://kirche-und-gesellschaft.drs.de/umwelt-klimaschutz-nachhaltigkeit.html>

⁴²Dabei ist besonders bei den 2030er Zielen zu beachten, dass die Vergleichszeitpunkte unterschiedlich sind.

⁴³https://www.elk-wue.de/fileadmin/Downloads/Wir/Synode/2021/Fruerjahrssynode_2021/Beilagen/TOP_14_-_Beilage_12_-_Klimaschutzgesetz_der_Ev._Landeskirche_Wuerttemberg.pdf

wechselseitigen Beziehungen zwischen der Klimakrise und der Biodiversitätskrise skizziert werden.⁴⁴ Aufgrund dieser Wechselwirkungen bezieht sich unsere Forderung 7 auf das Thema nachhaltige Landnutzung insgesamt, und nicht nur auf die klimarelevanten Aspekte der Landnutzung. Auch das Zentralkomitee der deutschen Katholiken hat sich bereits mit diesem entscheidenden Feld auseinandergesetzt und zur europäischen Agrarpolitik positioniert.⁴⁵

Aus ethischer Sicht spielt der Schutz des Bodens vor allem für die Ernährungssicherung, den Erhalt der Biodiversität und den Schutz des Grundwassers eine Rolle. Allerdings gibt es auch viele direkte und indirekte Bezüge zum Klimaschutz. Der Boden ist einerseits von der Klimaerhitzung betroffen. Andererseits verändern Bodenverhältnisse über die Wasserspeicherung auch das Klima. Bodenschutz und Klimaschutz hängen daher eng miteinander zusammen und funktionsfähige Böden wirken sich kühlend auf das lokale Klima aus. Darüber hinaus speichern Böden sehr viel mehr und langfristiger Kohlenstoff als beispielsweise Bäume und wirken damit als CO₂-Senke.⁴⁶

Vor allem intakte Moore stellen einen wichtigen Kohlenstoffspeicher dar. Moore leisten einen großen Beitrag zum Schutz des Klimas und der Biodiversität. Moore spielen auch für die Reinigung von Grundwasser und für das regionale Wassermanagement eine wichtige Rolle. Die Bundesländer mit den größten Moorflächen sind Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Schleswig-Holstein und Bayern. Werden Moore für den Torfabbau oder für die landwirtschaftliche Nutzung trockengelegt und trocken gehalten, entweichen ihnen große Mengen CO₂. In Niedersachsen entstammen allein 11% aller CO₂-Emissionen aus trockenen Mooren, in Mecklenburg Vorpommern sind es sogar 33%. Laut Eurostat sind die Emissionen aus trockenen Mooren in den letzten zehn Jahren in Deutschland nicht zurückgegangen, sodass ein großer Handlungsbedarf für den Klimaschutz im Bereich des Umgangs mit Mooren besteht. Vor allem in den moorreichen Landeskirchen und Bistümern ist es daher wichtig, dass die Kirchen als wichtiger Landeigentümer das Thema Moore gesondert behandeln.

Neben der Nutzung von Moorflächen hat die Nutzung der landwirtschaftlichen Flächen auch einen indirekten Bezug zur Klimaerhitzung. Die Herstellung chemischer Düngemittel verursacht erhebliche CO₂-Emissionen; die Nutzung von chemischen Düngern und Pestiziden sowie die Verdichtung von Böden durch den Einsatz schwerer landwirtschaftlicher Maschinen reduziert das Leben in der oberen Bodenschicht und damit die Fähigkeit des Bodens, CO₂ aus der Luft zu binden und Humus zu bilden. Zudem steht der intensive Anbau von Mais und die Überdüngung des Bodens in einem engen Zusammenhang mit der intensiven Tierhaltung und den damit verbundenen Klimaschäden.

⁴⁴<https://www.de-ipbes.de/de/IPBES-IPCC-Workshop-Bericht-zu-Biodiversitat-und-Klimawandel-kurz-vor-der-achten-IPBES-2110.html>

⁴⁵<https://www.zdk.de/veroeffentlichungen/erklarungen/detail/Fuer-eine-nachhaltige-und-gerechte-Landwirtschaft-Ein-Diskussionsimpuls-des-ZdK-anlaesslich-der-Reform-der-Gemeinsamen-europaeischen-Agrarpolitik-252f/>

⁴⁶<https://www.bodenwelten.de/content/rolle-der-boeden-im-klimawandel>

Die Verantwortung der Kirchen für unsere Böden

Je nachdem, wie Berechnungen angestellt und welche kirchlichen Akteure berücksichtigt werden, variieren die Zahlen zum Landbesitz der Kirchen in Deutschland. Fest steht jedoch, dass die Kirchen in Deutschland viel Land besitzen. Wissenschaftler*innen der Uni Rostock zufolge verfügt die evangelische Kirche über gut 309.000 Hektar und die katholische Kirche über knapp 200.000 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche.⁴⁷ Laut dem Portal Kirchenland verfügen die evangelischen Landeskirchen über etwa 325.000 Hektar an landwirtschaftlichen Flächen und Wald. Die meisten der landwirtschaftlichen Flächen sind im Besitz von Kirchengemeinden oder werden durch kirchliche Stiftungen verwaltet. Dort, wo Kirchen ihr Land selber bewirtschaften, stehen sie in der Verantwortung, den Boden und die Mitgeschöpfe, die auf diesen Gebieten leben, zu schützen. Der größte Teil der landwirtschaftlichen Flächen wird jedoch nicht direkt von kirchlichen Akteuren bewirtschaftet, sondern an Landwirte in mehrjährigen Laufzeiten verpachtet. Die Erträge aus der Verpachtung der landwirtschaftlichen Nutzflächen stellen eine wichtige Einnahmequelle für Kirchengemeinden und Stiftungen dar. Mancherorts dient sogenanntes Pfarrland auch gezielt zur Finanzierung der Pfarrstellen. Auch als Verpächter können Kirchen einen großen Einfluss darauf nehmen, ob ihr Boden nachhaltig und umweltfreundlich genutzt wird.

Der Boden ist neben dem Wasser unsere wichtigste natürliche Ressource, ohne die wir Menschen und unsere Mitgeschöpfe auf der Erde nicht leben können. Darum obliegt der Kirche, wie auch anderen Besitzern von Agrarflächen, die Verantwortung, diesen Boden zu schützen.

Zahlreiche Verlautbarungen der EKD und der DBK betonen die Verantwortung für die Schöpfung als ein zentrales Motiv im christlichen Denken und erkennen diese Verantwortung im eigenen Handeln an. Beispielhaft seien hier genannt die gemeinsame Erklärung der EKD und der DBK „Verantwortung wahrnehmen für die Schöpfung“ (1985), der Diskussionsbeitrag von EKD und DBK „Neuorientierung für eine nachhaltige Landwirtschaft“ (2003), die EKD Denkschrift „Umkehr zum Leben“ (2009), der Expertentext der DBK „Der bedrohte Boden“ (2016) sowie der EKD-Text 130 „Geliehen ist der Stern, auf dem wir leben“ (2018).

In diesen und anderen Grundsatzpapieren haben sich die evangelischen und katholischen Kirchen in Deutschland dazu verpflichtet, ihre Flächen nachhaltig zu bewirtschaften. Aus Sicht der Christians For Future ergeben sich für die Kirchen vor allem drei Handlungsbereiche zum Schutz der Böden, der Biodiversität und des Klimas:

- i) Der verantwortungsvolle Umgang mit Agrar- und Forstflächen, die selbst bewirtschaftet werden
- ii) Die Vorgabe von Bewirtschaftungsstandards für verpachtete Flächen und

⁴⁷Quelle: Prof. Dr. Hans Kögl, Dipl.-Ök. Lars Fiedler, Uni Rostock.

iii) Die Vorbildfunktion und die Initiierung von regionalen Prozessen für nachhaltige und faire Landwirtschaft und gesunde Ernährung, beispielsweise regionale Ernährungsräte, Regionalwert-AGs, Solawis und Ähnliches.

Die C4F Forderungen zur Landnutzung der Kirchen

Als Christians For Future fordern wir, dass die Kirchen bis 2035 ihre Flächen klimapositiv und so schnell wie möglich, spätestens aber bis 2035, nach den Kriterien des Ökolandbaus bewirtschaften. Um diese Ziele zu erreichen, sind die Erarbeitung einer Klimaschutzstrategie und einer Biodiversitätsstrategie sinnvoll. Solche Strategien sollten nicht nur die juristischen Vorgaben auf Bundes- und Landesebene einhalten, sondern auch wissenschaftlichen Empfehlungen zum Schutz des Klimas und der Biodiversität entsprechen. Der Begriff klimapositiv wird hier so verstanden, dass die landwirtschaftlichen Betriebe weniger CO₂ emittieren als sie durch ihre Arbeit selber der Atmosphäre entziehen. Wo Kirchenland in der Hand von Stiftungen liegt, sollten diese ein Klimaschutzkonzept entwickeln und aufgrund einer Bilanzierung von Verbrauch und Emissionen eine Zeitachse zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2030 erstellen. Gleichzeitig sollen die Kirchen in ihrer Praxis und in ihrer Kommunikation Wert darauf legen, dass Landwirtschaft in dem Sinne fair ist, das sie den landwirtschaftlichen Familienbetrieben ein solides Auskommen ermöglicht und ihre Leistungen wertschätzt.

In der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie wird bis 2030 ein Anteil von Ökolandbau von 20% angestrebt. Dieser Anteil reicht bei weitem nicht aus, um die großen ökologischen Schäden, die gegenwärtig von der Landwirtschaft ausgehen, wesentlich abzumildern. Angesichts der Selbstverpflichtungen der Kirchen, die Schöpfung und die Mitgeschöpfe zu schützen, sollten alle Flächen in kirchlichem Besitz mittelfristig nach den Kriterien des Ökolandbaus bewirtschaftet werden. Diese Umstellung kann gut in Kooperation mit staatlichen Beratungsdiensten und Förderprogrammen vorangetrieben werden. Da ein Großteil der kirchlichen Flächen verpachtet wird, müssen die Pachtbedingungen für Kirchenflächen entsprechend angepasst werden.

Auf der Ebene der Bundesländer gibt es teilweise einen gesetzlichen Rahmen, der über die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie hinausgeht. So enthält beispielsweise das Gesetz zur Änderung des Naturschutzgesetzes und des Landwirtschafts- und Landeskulturgesetzes (kurz: Biodiversitätsstärkungsgesetz) in Baden-Württemberg eine Reihe von Vorgaben, die auch auf landwirtschaftlichen Flächen in kirchlichem Besitz einzuhalten sind. Dieses Gesetz sieht beispielsweise eine Ausweitung der ökologischen Landwirtschaft auf 30 bis 40 Prozent bis zum Jahr 2030 vor, eine Reduktion der Menge chemisch-synthetischer Pflanzenschutzmittel um 40 bis 50 Prozent bis 2030 und die Schaffung von Refugialflächen (Rückzugsbereiche für Tiere und Pflanzen) auf 10 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen.

Seit vielen Jahren gibt es in den Landeskirchen und Diözesen bereits Handreichungen, Empfehlungen oder Beschlüsse, die sich mit ökologischen Pachtbedingungen befassen. Auf evangelischer Seite gibt es beispielsweise das Portal Kirchenland der Nordkirche. Auch der NABU hat mit *Fairpachten* ein Beratungsangebot, das sich explizit an Kirchengemeinden richtet.⁴⁸ Diese Initiativen begrüßen wir sehr. Allerdings gibt es weiterhin noch großen Handlungsbedarf, weil die Empfehlungen zur Verpachtung ökologische Aspekte sehr häufig zu wenig berücksichtigen oder von den Kirchengemeinden nicht umgesetzt werden: „Im Hinblick auf die Berücksichtigung von Umwelt und Natur appellieren die Musterpachtverträge derzeit lediglich an die gute fachliche Praxis. So wird zum Beispiel die Erhaltung der Pachtsache in gutem Zustand verlangt. Darüber hinaus wird meist auch der Einsatz von Klärschlamm sowie gentechnisch veränderter Organismen (GVO) explizit untersagt“, stellt das Portal Kirchenland fest.⁴⁹ Es gibt durchaus auch Beispiele von Pachtverträgen, die strenge ökologische Auflagen beinhalten. Die Pachtverträge der Domkirche in Greifswald ist solch ein positives Beispiel. Unsere Recherche und unsere Gespräche mit Umweltbeauftragten deuten leider darauf hin, dass diese Beispiele die Ausnahme bilden. Den bereits vorhandenen guten Beispielen gilt es in allen Kirchen zu folgen. Auch dort, wo ökologische Bewirtschaftung nicht sofort umgesetzt werden kann, können kurzfristige Maßnahmen, wie beispielsweise eine Heckenbepflanzung verpflichtend eingeführt werden, um die Biodiversität und das Klima zu schützen.⁵⁰

Wir als Christians For Future fordern, dass die Pachtbedingungen für Neuverträge ab sofort angepasst werden. Seit den 1980er Jahren haben die Deutsche Bischofskonferenz und der Rat der EKD immer wieder Stellungnahmen und Positionspapiere zur Bewahrung der Schöpfung, auch innerhalb der kirchlichen Institutionen, veröffentlicht.⁵¹ Diese Posi-

⁴⁸<https://infoportal-kirchenland.de/>

⁴⁹<https://infoportal-kirchenland.de/kirchenland-ver-pachten/>

⁵⁰Zur Relevanz der Heckenbepflanzungen für den Klimaschutz gibt es neue Forschungsergebnisse des Thünen-Instituts <https://www.thuenen.de/de/infotehk/presse/aktuelle-pressemitteilungen/hecken-sind-klimaschuetzer/>

⁵¹1980, Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.): *Zukunft der Schöpfung – Zukunft der Menschheit. Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz zu Fragen der Umwelt und der Energieversorgung. Die deutschen Bischöfe Nr. 28* (Bonn 1980), S. 17.

1985, Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland, Sekretariat der

Deutschen Bischofskonferenz (Hg.): *Verantwortung wahrnehmen für die Schöpfung. Gemeinsame Erklärung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz, 34–35: Arbeitshilfen Nr. 40* (Köln 1985), S. 28.

2003, Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland, Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.): *Neuorientierung für eine nachhaltige Landwirtschaft. Gemeinsame Texte Nr. 18* (Hannover/Bonn 2003).

2007, *Der Klimawandel: Brennpunkt globaler, intergenerationeller und ökologischer Gerechtigkeit*. Hg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz. (*Die deutschen Bischöfe – Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen / Kommission Weltkirche Nr. 29*)

2011, *Der Schöpfung verpflichtet. Anregungen für einen nachhaltigen Umgang mit Energie. Ein Expertentext zu den ethischen Grundlagen einer nachhaltigen Energieversorgung*. Hg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz. (*Arbeitshilfen Nr. 245*)

2008, Deutsche Bischofskonferenz: *Deutsche Bischofskonferenz unterstützt den Schutz der biologischen Vielfalt. Pressemitteilung der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz zur 9. Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens über die biologische Vielfalt vom 19.–30. Mai 2008 in Bonn (20. Mai 2008)*; <https://dbk.de/de/nc/presse/aktuelles/meldung/deutsche-bischofskonferenz-unterstuetzt-den-schutz-der-biologischen-vielfalt/detail/>.

tionen müssen endlich flächendeckend und auf allen Ebenen in die Praxis umgesetzt werden. Die Klimakrise und das massive Artensterben erfordern ein sofortiges Handeln. Es gibt keinen zeitlichen Spielraum mehr für eine freiwillige Anpassung der Bewirtschaftung an die Kriterien des Ökolandbaus. Da die Umstellung landwirtschaftlicher Betriebe auf eine Bewirtschaftung nach den Kriterien des Ökolandbaus mit Aufwand verbunden ist und teilweise zu vorübergehenden Einnahmeeinbußen verbunden sein kann, können die Pachtverträge so gestaltet werden, dass eine Übergangszeit gewährt wird und ggf. die Höhe der Pachtzahlungen für die Übergangszeit reduziert wird. Pächter können auch ein Recht auf Inanspruchnahme von Beratungsangeboten in die Pachtvereinbarung mit aufnehmen.

Mit Ausnahme von Naturland beinhalten weder die Richtlinien der Bio-Anbauverbände noch die aktuelle EU-Öko-Verordnung Kriterien für die Forstwirtschaft oder die Bewirtschaftung von Moorflächen. Die Christians For Future fordern, dass auch forstwirtschaftliche Flächen nach hohen ökologischen Maßstäben bewirtschaftet werden, etwa gemäß den Kriterien von Naturland oder mindestens des Forest Stewardship Councils.⁵² Für die Forstwirtschaft hat die Diözese Passau ein eigenes *BioHolzKonzept* entwickelt, das nicht nur für die eigene Nutzung der diözesanen Wälder gilt, sondern auch für verpachtete Waldflächen verbindlich ist.⁵³ Auf europäischer Ebene gibt es das *Programme for the Endorsement of Forest Certification* (PEFC). Die Forstbewirtschaftung nach diesem Siegel ist ein Fortschritt gegenüber der herkömmlichen Forstwirtschaft, ist aber aus ökologischer Sicht ungenügend. Der Sachverständigenrat der Bundesregierung für Umweltfragen hat das PEFC-Siegel 2012 als nicht ökologisch hochwertig eingestuft.⁵⁴

Wald ist für viele Inbegriff unberührter Natur. Tatsächlich ist der Wald verglichen beispielsweise mit der Landwirtschaft der am natürlichsten erhaltene Lebens- und Rückzugsraum vieler Tiere und Pflanzen. Dementsprechend liegen eine Vielzahl von Naturschutzgebieten in Waldgebieten. Je nach Schutzziel sind ganz unterschiedliche Maßnahmen notwendig, um Arten und Lebensräume zu erhalten. So kann die wirtschaftliche Nutzung des Waldes gänzlich ausgesetzt werden, wie zum Beispiel in den sog. *Bannwäldern* oder *Naturwaldparzellen*, in denen die Natur vollständig sich selbst überlassen bleibt und kein menschlicher Eingriff mehr erfolgt. Auch einige kirchliche Waldflächen könnten durch Stilllegung einen Beitrag zu diesem Netz beitragen.

Die Landwirtschaft auf Moorflächen bewirkt extrem hohe klimaschädliche Emissionen sowie Beeinträchtigungen für die Biodiversität und klimaresilientes Wassermanagement.

⁵²<https://www.oekolandbau.de/landwirtschaft/pflanze/spezieller-pflanzenbau/waldwirtschaft/wie-laesst-sich-oekologische-waldwirtschaft-zertifizieren/>

⁵³https://www.bioholz-projekt.de/sites/default/files/Dateien_Upload/_BioHolzKonzept_BOP_141216.pdf

⁵⁴<https://www.oekolandbau.de/landwirtschaft/pflanze/spezieller-pflanzenbau/waldwirtschaft/wie-laesst-sich-oekologische-waldwirtschaft-zertifizieren/>

Intakte Moorflächen können hingegen einen sehr wichtigen Beitrag dazu leisten, Emissionen aus anderen Sektoren zu kompensieren und die Klimaschutzziele der Kirchen zu erreichen. Daher sollten alle Moorflächen in Kirchenhand kurzfristig wiedervernässt werden. Eine Beteiligung an dem Projekt *Moorfutures* könnte den Kirchen helfen, die Wiedervernässung zu finanzieren.⁵⁵ Um die Wertschöpfung auf Moorflächen langfristig zu erhalten, sollten Landeskirchen, Diözesen und Gemeinden sich um staatlich geförderte Pilotprojekten bemühen, beispielsweise zu Paludikultur, der Beweidung mit Wasserbüffeln oder der Nutzung von Moorflächen für Photovoltaikanlagen.⁵⁶

Aufgrund der großen Bedeutung der Moore für die Eindämmung der Klimakrise sollten die Kirchen auch die Nutzung von Torf dringend thematisieren. Trotz der großen Bedeutung der Moore ist der Torfverbrauch in Deutschland immer noch hoch. Daher ist der sofortige Stopp der Torfnutzung die dritte Teilforderungen unserer Forderung 7. Laut NABU werden jährlich etwa 10 Millionen Kubikmeter Torf in Deutschland verbraucht, davon ein Drittel im Hobby- und Freizeitbereich.⁵⁷ Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft stellt fest, dass nur 10% aller Gartenbausubstrate im gewerblichen Bereich und nur 30% im privaten Bereich torffrei sind.⁵⁸ Die Kirchen haben nur einen geringen Einfluss auf die Torfnutzung. In jedem Fall können sie in ihren eigenen Gartenanlagen torffrei gärtnern. Das wird sicher in vielen Gemeinden bereits praktiziert. Zusätzlich können Kirchen über Informationstafel an Gartenanlagen und auf kirchlichen Friedhöfen sowie bei Gemeindetreffen die Gemeindemitglieder auffordern, auch privat Torf zu verzichten, und auf die Problematik hinweisen.

Die Kirchen als Vorbild, Mediator und als Katalysator

Ein zentrales Anliegen der Christians For Future, das alle 12 Forderungen betrifft, ist, dass Kirche noch stärker als bisher als Katalysator für gesellschaftliche Veränderungen wirkt und gegenüber den eigenen Mitgliedern sowie in der Öffentlichkeit offensiv für Klimagerechtigkeit eintritt. Solch eine Katalysatorrolle können die Kirchen auch im Bereich Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Moorschutz einnehmen.

Die Kirchen können aktiv auf ihre Pächter zugehen und über die Klimakrise und den Artenverlust sprechen. In stark ländlich geprägten Regionen und dort, wo sich ein nennenswerter Anteil der landwirtschaftlichen Flächen in kirchlichem Besitz befindet, können die Kirchen die Initiative zu regionalen Dialogprozessen in der Landwirtschaft ergreifen. Positive Beispiele dafür sind die Dialogforen in den katholischen Diözesen Osnabrück und Münster, in denen Kirche über regionale Bildungshäuser das Gespräch mit Landwirtinnen und Landwirten sucht. In Niedersachsen sind diese Dialogprozesse begleitet worden durch einen gemeinsamen Brief der Bischöfe der Diözesen Hildesheim und Osnabrück an

⁵⁵<https://www.moorfutures.de/>

⁵⁶<https://www.moorwissen.de/de/paludikultur/hintergrund/hintergrund.php>

⁵⁷<https://www.nabu.de/natur-und-landschaft/aktionen-und-projekte/torffrei-gaertnern/10866.html>

⁵⁸<https://www.bmel.de/DE/themen/landwirtschaft/pflanzenbau/gartenbau/torf.html>

die Landwirte, der zu diesem Dialog einlädt.⁵⁹ Möglich wäre auch die Einbindung regionaler staatlicher Akteure, Ernährungsräte, Kantinenbetreibern und Lebensmittelketten, um nachhaltige Landwirtschaft, lokale Wertschöpfungsketten und die Sicherung bäuerlicher Familienbetriebe zu erreichen. Sofern solche Dialogprozesse noch nicht bestehen, können sie kirchlich initiiert werden, um gemeinsam mit den landwirtschaftlichen Akteur*innen vor Ort kurz-, mittel- und langfristige Lösungen für eine nachhaltige und faire Landwirtschaft zu entwickeln. Eine weitere Rolle der Kirchen in der Landwirtschaft kann auch darin bestehen, als Vermittlerin zwischen Dritten zu wirken und die Lösung von Konflikten zu fördern, etwa zwischen Landwirt*innen und Aktivist*innen oder zwischen Behörden und Landbesitzer*innen, die der Wiedervernässung von Mooren ablehnend begegnen.

Eine Vorbildrolle können Kirchen auch im Bereich der Ernährung und der Nahrungsmittelbeschaffung einnehmen. Denn es besteht beispielsweise ein direkter Zusammenhang zwischen hohem Fleischkonsum und der Nutzung landwirtschaftlicher Flächen für die Tierfutterproduktion, Massentierhaltung und den bekannten negativen Folgen für Klima und Artenvielfalt. Veröffentlichungen der Bundesregierung verweisen auf den sehr hohen Fleischkonsum in Deutschland und die damit verbundenen negativen Folgen für die Gesundheit und die Umwelt.⁶⁰ Vor diesem Hintergrund können die Kirchen ihre große Sichtbarkeit nutzen, mit gutem Beispiel vorzugehen und ihren Fleischkonsum einschränken. Eine öffentlichkeitswirksame Maßnahme könnte z. B. darin bestehen, dass alle Bischöfe gemeinsam eine Selbstverpflichtung eingehen, nur noch maximal zweimal in der Woche Fleisch zu essen. Auch die Speisepläne kirchlicher Häuser könnten entsprechend angepasst (und bei der Gelegenheit auf ökologische Beschaffungskriterien umgestellt) werden.

FORDERUNG 8: Die Landeskirchen und (Erz-)Bistümer verpflichten sich auf Divestment (Ausschlusskriterien für Geldanlagen) von Kohle, Öl und Gas und verkünden diese Verpflichtung öffentlichkeitswirksam.

Investitionen in Kohle, Gas und Öl sind unethisch

Die christlichen Werte erlauben es Kirchen nicht, Geld in Unternehmen zu investieren, deren Geschäftsmodell ein lebensfreundliches Klima zerstört. Die Kohle-, Öl- und Gasindustrie haben in einer Welt, die dem Pariser Klimaabkommen folgt, keine Zukunft. Deswegen sind Investitionen in diese Geschäftsfelder eine Wette gegen das Pariser Abkommen. Investitionen in diese Industrieformen sind moralisch verwerflich und langfristig auch finanziell riskant. Auch kurzfristig sind diese Investitionen moralisch verwerflich,

⁵⁹<https://www.klvhs.de/aktuelles/8-aktuelles/147-offener-brief-der-niedersaechsischen-bischchoefe.html>

⁶⁰Umweltbundesamt (2020): <https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/fleischersatz-auf-pflanzenbasis-bester-umweltbilanz>

weil Profit ziehen aus der Zerstörung des Klimas. Durch solche Investitionen werden zudem diejenigen Firmen gestärkt, die große Summen in die Verhinderung einer wirksamen Klimaschutzgesetzgebung investieren.

Die Hürden für ein öffentliches Divestment sind niedrig

Divestment meint die Veräußerung ethisch verwerflicher Geldanlagen, verbunden mit dem verbindlichen Beschluss ethischer Kriterien für künftige Investitionen. Wir fordern den Ausschluss jeglicher Investitionen in fossile Rohstoffe (besonders Produktion und Verbrennung), nicht nur bezogen auf Kohle. Der entscheidende Aspekt, gerade bei Kirchen, ist die öffentlichkeitswirksame Kommunikation des Divestments, verbunden mit einer klaren ethischen Positionierung. Ohne die so erreichte Öffentlichkeitswirkung ist die Wirkung des Divestments selber für die Klimagerechtigkeit sehr begrenzt.⁶¹

Einige Kirchenvertreter*innen vertreten die Position, dass der eigene Verbrauch von Öl und Gas ein Argument gegen Divestment sei. Diese Argumentation ist nicht schlüssig. Es besteht ein ethischer Unterschied zwischen der kurzfristigen Notwendigkeit, Brennstoffe bis zum möglichen Austausch von Heizungsanlagen oder Mobilitätsformen noch weiter nutzen und dem sofort vermeidbaren Investieren in die Profitabilität fossiler Firmen und somit freiwilligem „Profitieren“ aus der Klimakrise.

Praktisch ist ein solches Divestment aus fossilen Rohstoffen für die Landeskirchen und (Erz-)Bistümer einfach durchführbar, weil vermutlich alle bereits jetzt schon ethisches Investment praktizieren und nur ihre Kriterienkataloge in Bezug auf fossile Rohstoffe anpassen müssen. Dabei kann man mit Umsatzgrenzen (z. B. 10%) verhindern, dass man zu breit Unternehmen mit minimaler Beteiligung in den Bereichen ausschließt. Empfehlenswert sind auch Ausschlusslisten wie die Coal-Exit-Liste von Urgewald oder zusätzliche Kriterien wie das „Anteil am weltweiten Kohleumsatz“-Kriterium des *Arbeitskreises kirchlicher Investoren*.

Umfangreiche Daten zeigen, dass Divestment aus fossilen Rohstoffen die Profitabilität von Geldanlagen nicht einschränkt.⁶² Stattdessen sind Investitionen in fossile Unternehmen ein enormes finanzielles Risiko, weil eine stärkere Klimaschutzgesetzgebung und der technische Wandel ihre zukünftige Profitabilität gefährden.

⁶¹Vergleiche hierzu die Studie der Smith School of Enterprise and the Environment der Universität Oxford: <https://www.smithschool.ox.ac.uk/publications/reports/SAP-divestment-report-final.pdf>

⁶²„We conclude that divesting from fossil fuel production does not result in financial harm to investors, even when fossil fuels continue to play a dominant role in the energy mix for some time.“ <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/14693062.2020.1806020> und “Since its inception in 2012, the S&P 500’s Fossil Fuel Free Total Return Index has consistently outperformed the S&P 500 overall.“ <https://www.forbes.com/sites/davidcarlin/2021/02/20/the-case-for-fossil-fuel-divestment/?sh=3087f06576d2>

Dies gilt nicht nur für Investitionen in Kohle, sondern auch für solche in Öl und Erdgas. Selbst bei Erdgas deuten sich jetzt schon riesige Stranded Assets an.⁶³ Die eher konservative IEA weist darauf hin, dass, um 2050 net zero zu erreichen, keine neuen Öl- und Gasfelder mehr erschlossen werden dürfen⁶⁴. Laut Analyse der *Transmission Pathway Initiative* hat keine Öl- oder Gasfirma Emissionspfade, die auch nur mit einem (nicht ausreichenden) Ziel der Beschränkung der Erderwärmung auf 2°C kompatibel sind.⁶⁵ Vom 1,5°C-Ziel sind die Firmen in vielfacher Weise noch weit entfernt, wie *Price of Oil* ausführlich analysiert hat.⁶⁶ In den Worten des Präsidenten der Europäischen Investmentbank (EIB): „To put it mildly, gas is over“.⁶⁷ Die EIB schließt deswegen in Zukunft Ölprojekte und die meisten Gasprojekte aus ihrer Förderung aus.⁶⁸ Es ist überfällig, dass auch die Kirchen nicht mehr in Öl und Gas investieren.

Jahrzehnte von Shareholder Engagement haben bisher nicht dazu geführt, dass von Firmen auch nur ein unzureichendes 2°C-Ziel eingehalten werden könnte. Dies ist nicht überraschend, da Engagement, das das grundlegende Geschäftsmodell einer Firma bedroht, kaum Chancen auf Erfolg hat. Es ist Zeit, sich endlich entschieden zu distanzieren und alles dafür zu tun, den Firmen ihren gesellschaftlichen Einfluss zu nehmen⁶⁹.

Divestmentbemühungen in der evangelischen Kirche

Die Synode der EKD hat sich schon 2016 für vollständiges Divestment ausgesprochen: „Die Synode bittet sowohl die EKD als auch alle Gliedkirchen und Werke wegen der Notwendigkeit des Ausstiegs aus den fossilen Energieträgern, ihr Anlagekapital im Zuge einer nachhaltigen Anlagestrategie aus Branchen der fossilen Energieträgergewinnung und Energieerzeugung sukzessiv abzuziehen (Divestment)“⁷⁰. Leider empfiehlt der evangelische Arbeitskreis kirchlicher Investoren bisher nur Ausschlusskriterien für Kohle und Öl aus Ölsand und Ölschiefer⁷¹. Dazu kommen der Ausschluss von Staaten mit sehr schlechtem Klimaschutzrating und klimaorientierte Best-in-Class Kriterien. Es gibt zudem einen Hinweis zu vollem Divestment mit 30% Umsatzkriterium,⁷² der aber leider nicht Teil der

⁶³<https://www.bloomberg.com/news/articles/2021-04-17/gas-is-the-new-coal-with-risk-of-100-billion-in-stranded-assets>

⁶⁴<https://www.iea.org/news/pathway-to-critical-and-formidable-goal-of-net-zero-emissions-by-2050-is-narrow-but-brings-huge-benefits>

⁶⁵<https://www.transitionpathwayinitiative.org/publications/60.pdf?type=Publication>, siehe auch hier: <https://fossilfuel treaty.org/exit-strategy>

⁶⁶<http://priceofoil.org/2020/09/23/big-oil-reality-check/>

Zusätzlich sei verwiesen auf: <https://www.iisd.org/system/files/2021-06/natural-gas-finance-clean-alternatives-global-south.pdf>

⁶⁷<https://www.bloomberg.com/news/articles/2021-04-17/gas-is-the-new-coal-with-risk-of-100-billion-in-stranded-assets>

⁶⁸<https://www.bbc.com/news/business-50427873>

⁶⁹Für ausführlichere Diskussion von Engagement siehe: <https://cdn.friendsoftheearth.uk/sites/default/files/downloads/Briefing%20Pension%20Funds%27%20engagement%20with%20fossil%20fuel%20companies%20March%202018.pdf>

⁷⁰https://www.ekd.de/synode2016/beschluesse/s16_02_12_beschluss_weltklimaabkommen_paris.html

⁷¹https://www.aki-ekd.de/fileadmin/Publikationen/ekd_texte_113_vierte_Auflage_2019.pdf

⁷²Leitfaden für ethisch-nachhaltige Geldanlage in der evangelischen Kirche, 4. aktualisierte Auflage, S. 43. https://www.aki-ekd.de/fileadmin/Publikationen/ekd_texte_113_vierte_Auflage_2019.pdf

engeren Empfehlung des AKI ist. Es bleibt daher unklar, welche Landeskirchen dem Hinweis folgen, und es wäre notwendig, diesen in die engere Empfehlung aufzunehmen und in Bezug auf Umsatzgrenzen nachzuschärfen.

Bisher haben zwei Landeskirchen öffentlichkeitswirksam volles Divestment verkündet: Die Evangelische Kirche Hessen Nassau im Jahr 2015 und die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz 2017. Daneben haben die Evangelische Landeskirche Bayern Kohle- und Teersanddivestment⁷³ und sehr versteckt auch die Evangelische Kirche im Rheinland volles Divestment⁷⁴ auf ihren Internetseiten veröffentlicht. In vielerlei Hinsicht ist die ELKB dank fachlich sehr guter Arbeit zu ethischen Finanzanlagen und Investitionen in erneuerbare Energien ein positives Beispiel, von dem man in der Sache viel lernen kann. Leider kommt jedoch der wichtige Aspekt der öffentlichkeitswirksamen Kommunikation zu kurz. Auch werden Öl und Gas zu positiv bewertet. Es ist davon auszugehen, dass die meisten Landeskirchen den Kriterien des AKI folgen, manche schreiben dies auch allgemein auf ihrer Internetseite, die fehlende öffentlichkeitswirksame Kommunikation darüber minimiert jedoch die darüber hinaus mögliche positive Wirkung dieses guten Handelns. Zudem stellt sich die Frage, welchen Empfehlungen des AKI genau gefolgt wird – nur der Empfehlung zum Thema Kohle oder mehr?

Weltweit sind viele Kirchen bereits deutlich weiter. Das World Council of Churches hat schon 2014 Divestment aus allen fossilen Rohstoffen beschlossen⁷⁵, genauso wie die Lutherische Weltbund 2015.⁷⁶ Weltweit haben schon sehr viele evangelische Kirchen volles oder teilweises Divestment verkündet. Die Kirchen von Schweden, Irland und Wales haben ein volles Divestment angekündigt. Die Kirchen von England und Schottland haben sich für ein teilweises Divestment entschieden, das in diesen Kirchen momentan als unzureichend kritisiert wird⁷⁷.

Divestmentbemühungen in der katholischen Kirche

Auf katholischer Seite gibt es noch einen großen Handlungsbedarf im Hinblick auf öffentlichkeitswirksames Divestment. Gut veröffentlichtes Divestment katholischer Institutionen gibt es bisher von vier Kirchenbanken und Pax Christi Düren. Dabei ist das Divestment der Kirchenbanken nur auf Kohle, Fracking und Teersand bezogen und damit noch verbesserungsfähig. Die Orientierungshilfe für ethisch-nachhaltige Geldanlagen von DBK und ZdK erwähnt fossile Rohstoffe erst seit 2021⁷⁸, wobei zwar die Möglichkeit von Divestment ausführlich erwähnt und auf die Veröffentlichungen des Global Catholic Climate

⁷³<https://www.kirche-und-geld.de/verhindern.php>

⁷⁴<https://www.kirchenrecht-ekir.de/mobile/index.html#/document/dokument/html/32013>

⁷⁵<https://350.org/press-release/world-council-of-churches-endorses-fossil-fuel-divestment/>

⁷⁶<https://www.lutheranworld.org/news/lwf-announces-decision-not-invest-fossil-fuels>

⁷⁷<https://gofossilfree.org/divestment/commitments/>

⁷⁸<https://www.dbk-shop.de/de/publikationen/sonstige-publikationen/sonstige/orientierungshilfe-ethisch-nachhaltig-investieren-2-aktualisierte-auflage>, siehe auch <https://eulemagazin.de/katholische-kirche-der-lange-weg-zum-divestment/>

Movement⁷⁹ verwiesen wird. Es bleibt aber, auch bedingt durch den methodischen Rahmen der unverbindlichen Orientierungshilfe, bei Beispielen, und gerade Transparenz und Wirkung werden zu wenig thematisiert⁸⁰. In den letzten Jahren haben zudem einige (Erz-)Diözesen wie Mainz⁸¹ und Eichstätt⁸² Ausschlusskriterien in Bezug auf Kohle auf ihren Internetseiten oder in ihren Finanzberichten veröffentlicht. Diese sehr positive Entwicklung können den Boden für eine öffentlichkeitswirksame gemeinsame Divestmentankündigung sowie die Ausweitung auf alle fossilen Energieträger bereiten. Möglicherweise wenden noch weitere kirchliche Institutionen oder (Erz-)Diözesen fossile Ausschlusskriterien an oder haben über den Ausstieg der Kirchenbanken den Ausstieg aus Investitionen in fossile Rohstoffe faktisch schon vollzogen. Es fehlt aber momentan die wichtige öffentlichkeitswirksame Veröffentlichung dieser Entscheidungen und Prozesse.

Auf internationaler Ebene sind viele katholische Institutionen schon deutlich weiter als die katholische Kirche in Deutschland. Schon 233 katholische Institutionen (Stand Anfang 2021) haben über das Global Catholic Climate Movement ihr Divestment verkündet, inklusive 35 Diözesen und vier Bischofskonferenzen⁸³. Besonders bemerkenswert ist dabei die sehr transparente neue Richtlinie⁸⁴ der Bischofskonferenz und der Ordensgemeinschaften in Österreich und das auf diese folgende vollständige Divestment aller österreichischen katholischen Diözesen⁸⁵.

Papst Franziskus hat von der Notwendigkeit gesprochen, sich von fossilen Rohstoffen abzuwenden und dazu aufgefordert, nur in Unternehmen zu investieren, die den Parametern einer integralen Ökologie entsprechen.⁸⁶ Das Dikasterium für die Ganzheitliche Entwicklung des Menschen leitet daraus eine klare Empfehlung für Divestment ab. „So let us listen to Pope Francis’ invitation to divest from fossil fuels and to protect our common

⁷⁹Seit 2021 Laudato Si’ Movement.

⁸⁰<https://eulemagazin.de/katholische-kirche-der-lange-weg-zum-divestment/>

⁸¹<https://bistummainz.de/export/sites/bistum/finanzen/.galleries/downloads/Finanzbericht-Bistum-Mainz-2019-Online.pdf>

⁸²https://www.bistum-eichstaett.de/fileadmin/finanzen/21119_Anlagerichtlinien_21.pdf

⁸³<https://catholicclimatemovement.global/divest-and-reinvest/leaders/>

⁸⁴https://www.bischofskonferenz.at/dl/muoMJmoJKMoJqx4KJKJKJkolml/Richtlinie_Ethische_Geldanlagenfinal.pdf

⁸⁵<https://www.koo.at/pages/koo/klimagerechtigkeit/divestment>

⁸⁶„One way to encourage this change is to lead businesses towards the urgent need to commit themselves to the integral care of our common home, excluding from investments those companies that do not meet the parameters of integral ecology, while rewarding those that work concretely, during this transitional phase, to put, at the center of their activities, sustainability, social justice and the promotion of the common good.“

https://www.ted.com/talks/his_holiness_pope_francis_our_moral_imperative_to_act_on_climate_change_and_3_steps_we_can_take/transcript

home“⁸⁷. Weitere kirchliche Empfehlungen zum Divestment mit verschiedenen Schwerpunkten sind das neue Empfehlungsdokument „Journeying Towards Care for Our Common Home“⁸⁸ des Vatikans und das Abschlussdokument der Amazonassynode⁸⁹.

Säkulare Bemühungen um Divestment von fossilen Ressourcen

Die Fortschritte in der weltweiten Divestmentbewegung zeigen, dass Divestment eine breite Unterstützung erfährt.⁹⁰ Insgesamt haben nun schon 1327 Institutionen eine Form von Divestment veröffentlicht, mit Anlagen in Höhe von 14,58 tausend Milliarden US-Dollar. Es gibt einige bekannte säkulare Institutionen, die Divestment beschlossen haben. In Deutschland besonders erwähnenswert sind eine Reihe von Städten (z. B. Freiburg), Pensionsfonds von Bundesländern (alle nur teilweises Divestment: Brandenburg, Baden-Württemberg, Hessen), das Land Berlin mit vollem Divestment und eine Reihe großer Versicherer (mit teilweisem Divestment: Allianz, Munich Re, Hannover Reinsurance) und die GLS Treuhand (voll). International bekannte Beispiele sind der Irische Staat, Oxford University aber auch Pensionsfonds wie das New York City Employees Retirement System.

Die Christians For Future fordern, dass alle die Landeskirchen und (Erz-)Diözesen ein vollkommenes Divestment beschließen und diesen Beschluss in den kommenden fünf Jahren vollständig umsetzen. Idealerweise beschließen die Landeskirchen und (Erz-)Diözesen ihr Divestment gemeinsam. Sehr wichtig ist dabei die öffentlichkeitswirksame Verkündung des Beschlusses.

FORDERUNG 9: Alle (Erz-)Diözesen und Landeskirchen schaffen pro 100.000 Kirchenmitgliedern eine Vollzeitstelle im Umwelt- und Klimabereich. Auf nationaler Ebene richten die Kirchen Kompetenzstellen Klimaneutralität ein.

Die Transformation unserer Gesellschaft und unserer kirchlichen Institutionen braucht Menschen und Strukturen, die diese Transformation gestalten und vorantreiben. Viele Aspekte des Aufstehens für Klimagerechtigkeit bedürfen vor allem einer Änderung in der Kommunikation und im öffentlichen Auftreten der Kirchen. Es gibt jedoch auch viele Aspekte, die ohne ausreichende Personalressourcen nicht möglich sind. Wenn die Kirchen eine ökologische Umkehr anstreben und als Institutionen für Klimagerechtigkeit in der

⁸⁷<https://www.ncronline.org/news/earthbeat/vatican-official-church-divestment-fossil-fuels-moral-imperative>

⁸⁸ „Promote ethical, responsible, and integral criteria for investment [sic!] decision making, taking care not to support companies that harm human or social ecology (for example, through abortion or the arms trade), or environmental ecology (for example, through the use of fossil fuels).“ S. 178 https://fore.yale.edu/sites/default/files/Journeying_Towards_Care_for_Our_Common_Home.pdf

⁸⁹ „we embrace and support campaigns of divestment from extractive companies responsible for the socio-ecological damage of the Amazon, starting with our own Church institutions and also in alliance with other churches“ No. 80, final document of Amazon Synod <https://www.vaticannews.va/en/vatican-city/news/2020-02/final-document-synod-amazon.html>

⁹⁰Eine Übersicht über Institutionen und Gesamtsumme findet sich hier: <https://gofossilfree.org/divestment/commitments/>

Gesellschaft aufstehen wollen, dann muss es Menschen geben, die dafür bezahlt werden, das auch praktisch zu erreichen. Alleine schon ausreichend ambitionierte Klimaneutralitätsziele der Landeskirchen und (Erz-)Bistümer brauchen viel Personal für ihre Umsetzung. Dies liegt unter anderem daran, dass die Ziele nicht automatisch für Gemeinden zwingend sind, sondern hier oft viel Beratung, fachliche Expertise und Überzeugungsarbeit benötigt wird. Dies ist allein durch Ehrenamtliche nicht zu leisten. Es gibt dabei eine Vielzahl an Gestaltungsmöglichkeiten bei der Verteilung dieser Stellen in den Strukturen.

Es ist sehr positiv, dass die EKD einen Klimaschutzbericht⁹¹ veröffentlicht, in dem die Klimaziele der Landeskirchen veröffentlicht werden. Selbst bei den Landeskirchen, die CO₂-Budgets melden und insofern sicher als Vorreiter gelten können, werden die Klimaziele häufig nicht eingehalten. Es ist zu vermuten, dass dies unter anderem auch am Mangel an Personal liegt.

Laut Klimaschutzkonzept des Erzbistums Freiburg werden für alle notwendigen Maßnahmen 37 Stellen benötigt, von denen 13 befristet sind. Nach dem Berechnungsschlüssel unserer Forderung 9 ergäben sich das Erzbistum Freiburg nur 19 Stellen. Der von uns geforderte Personalschlüssel ist demnach höchstens zu gering gewählt⁹². Darüber hinaus verweist das Klimaschutzkonzept darauf, dass Städte mit dem Erzbistum Freiburg vergleichbaren Finanzbudgets eine ähnlich große Anzahl von Angestellten im Umwelt- und Klimabereich haben wie gefordert.

In den meisten Kirchen fehlt es an ausreichend Personal für Umweltfragen

In den meisten Landeskirchen und (Erz-)Diözesen und in vielen anderen kirchlichen Einrichtungen gibt es bereits Stellen für Klimamanagement, Umweltbildung oder für Umweltfragen allgemein. Bis auf sehr wenige Ausnahmen sind diese Stellen jedoch nicht der Herausforderung angemessen. In einigen Diözesen und Landeskirchen ist die Personaldecke teils sehr, sehr dünn – auch in Diözesen außerhalb der Diaspora: In einigen Diözesen werden die Umweltaufgaben von Ehrenamtlichen (wie in Mainz oder Berlin) übernommen. In anderen gibt es nicht einmal Ehrenamtliche und die Weltkirchebeauftragten springen teilweise ein (Görlitz/Dresden, Essen). Andere haben sehr niedrige Stundendeputate (z. B. Speyer mit 30% Stelle⁹³). Ein Blick in Diözesen und Landeskirchen mit mehr Personal (z. B. ELKB mit vier Stellen, die meisten davon befristet) macht deutlich, dass auch eine volle Stelle oder sogar mehrere Stellen nicht ausreichen, um Klimaneutralität in Institutionen voranzutreiben, welche teilweise die Fläche von Bundesländern und mehrere tausend Gebäude haben. Eine Übersicht ist für uns schwierig, da die genauen Stellenkontingente meist nicht öffentlich sind.

⁹¹https://www.kirchen-fuer-klimagerechtigkeit.de/fileadmin/kfk_redaktion/pdf/07-TOP-VII-Klimabericht.pdf

⁹²<https://www.ebfr.de/media/download/integration/1390290/klimaschutzkonzept-erzdioezese-freiburg.pdf>, S. 142.

⁹³<https://www.bistum-speyer.de/rat-und-hilfe/beratung-zu-umweltschutz/?print=380%27%22uijfitbl%22>

Anteil der Hauptamtlichen im Umweltbereich im Vergleich zur gesamten Personaldecke

Die Christians For Future sind sich darüber im Klaren, dass die finanzielle Situation der Kirchen in vielen Fällen sehr schwierig ist. Daher mag die Forderung nach einer Vollzeitstelle pro 100.000 Kirchenmitgliedern als sehr übertrieben erscheinen. Schaut man sich allerdings die konkreten Zahlen der hauptamtlich Mitarbeitenden insgesamt an, so wird deutlich, dass die Forderung angemessen ist. Die Einsatzbereiche von Personal und Finanzmitteln zeigt gerade, wenn beides knapp ist, welche Themenfelder momentan als wichtig erachtet werden und welche nicht. Der Bereich Klima und Umwelt ist bislang häufig unterrepräsentiert.

Eine große Landeskirche, die unser Ziel quasi erfüllt, ist die Nordkirche: Diese hat auf landeskirchlicher Ebene vier Stellen und auf regionaler Ebene 16 – mithin insgesamt 20 Vollzeitstellen im Umwelt- und Klimabereich bei ca. 2 Millionen Kirchenmitgliedern. In der kleinen Lippischen Landeskirche wären es nur 1,5 benötigte Stellen – eine Zahl, die vermutlich schon erreicht ist.

Im Vergleich zur gesamten Zahl an kirchlichen Stellen ist die von uns geforderte Menge an Vollzeitstellen im Klima- und Umweltbereich gering. Im Erzbistum München würde unsere Forderung 17 Vollzeitstellen bedeuten. Momentan hat die Abteilung dort geschätzt vier volle Stellen. Diese Aufstockung wirkt auf den ersten Blick enorm – das Erzbistum hat aber allein 576 Priester und insgesamt 16000 Angestellte. Gleichzeitig würde unsere Forderung im Bistum Dresden nur eine Stelle bedeuten – ist also durchaus eine vertretbare Belastung auch für dieses Diasporabistum. Im Bistum Essen wären es acht Stellen – bei momentan 333 Stellen im Bischöflichen Generalvikariat und seinen Einrichtungen⁹⁴. In der ELKB würde unsere Forderung 23 Vollzeitstellen bedeuten – die ELKB hat aber auch 30755 Beschäftigte, davon 8500 in Vollzeit.

Dazu ist es immens wichtig, dass die Umwelt&Klima-Abteilungen genug Hausmacht haben, um sich in der eigenen Verwaltung durchsetzen zu können. Wenn Bau- oder Finanzabteilung notwendige Maßnahmen blockieren können, erreicht man keinen Wandel. Sehr nützlich sind dazu verpflichtende Klimaneutralitätsziele, doch sind weitere Maßnahmen wünschenswert. Strukturelle, aber eben auch finanzielle und personelle Stärkung der Abteilungen, scheinen auch vor diesem Hintergrund notwendig.

Ein Vergleich mit den absoluten Zahlen der kirchlichen Mitarbeitenden ändert freilich nichts daran, dass die finanziellen Mittel für neue Stellen vorhanden sein müssen. Vor diesem Hintergrund sollten die Kirchen auch untereinander Solidarität üben und eine gegenseitige finanzielle und personelle Unterstützung erwägen.

⁹⁴Ende 2019, S. 21 Finanzbericht https://www.bistum-essen.de/fileadmin/relaunch/Bilder/Bistum/Finanzen/Bistum-Essen_Finanzbericht_2019_WEB.pdf

Vernetzung auf Bundesebene: Kompetenzstellen

Zusätzlich zu den Stellen in den Bistümern und Landeskirchen sollten die Kirchen Kompetenzstellen auf Bundesebene einrichten. Kompetenzstellen können drei Funktionen erfüllen: 1. Koordinieren der Arbeit der Vielfalt unterschiedlicher kirchlicher Akteure: Eine Übersicht über die Tätigkeiten der Akteure zu schaffen wäre ein großer Fortschritt und würde allen Akteuren helfen. 2. Beraten der Landeskirchen und (Erz-)Bistümer: Die Landeskirchen und (Erz-)Bistümer stehen vor großen Herausforderungen auf ihren Wegen zu Klimaneutralität. Um diese zu meistern bedarf es fachkundiger Beratung, die Erfahrungen aus verschiedenen Bistümern bündeln kann. Das spart auch Personalressourcen in den einzelnen Landeskirchen und (Erz-)Bistümern, denn es ist nicht notwendig, dass jede Landeskirche und jedes (Erz-)Bistum Pachtverträge, Handreichungen, usw. immer komplett neu erstellen muss. Auf diesem Weg können zum Beispiel auch funktionierende Maßnahmen aus sehr gut mit Klimakonzepten ausgeforschten Bistümern auch in Bistümern angewandt werden, die keine gute Datenlage haben. 3. Die Kompetenzstellen können zur öffentlichen Sichtbarkeit und politischen Wirkung der kirchlichen Positionen zum Thema Klimagerechtigkeit beitragen.

Beide großen Kirchen in Deutschland haben bereits eine Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten eingerichtet und diese zwei Arbeitsgemeinschaften stehen auch miteinander im Austausch. Auch sind inzwischen thematische Netzwerke in den Kirchen entstanden, wie das Netzwerk zum Thema Mobilität. Diese Vernetzung der Umweltbeauftragten ist notwendig, findet jedoch zusätzlich zu einem meist ohnehin hohen Arbeitsaufkommen in der jeweiligen Landeskirche oder (Erz-)Diözese statt. Auf der Ebene der DBK und der EKD gibt es auch Hauptamtliche, die für die Themen Nachhaltigkeit, Umwelt und Klima zuständig sind.

In der evangelischen Kirche ist mit der FEST (Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V.) in Heidelberg die nationale Vernetzung und Unterstützung der Landeskirchen schon deutlich weiter entwickelt als in der katholischen Kirche. Dabei erfüllt die FEST in erster Linie eine beratende Funktion. Da es eine solche Institution in der katholischen Kirche nicht gibt, berät die FEST auch teilweise katholische Bistümer. In der katholischen Kirche wurde schon oft eine solche Kompetenzstelle gefordert, bisher wurden dieser Forderungen aber nicht nachgekommen.

BEWUSSTSEINSWANDEL INNERHALB DER KIRCHEN

FORDERUNG 10: Die Kirchenleitungen fördern kooperative Bündnisse, die das Engagement für Klimagerechtigkeit in den Kirchen vorantreiben, wie das Ökumenische Netzwerk Klimagerechtigkeit.

Forderung 10 schließt sich eng an die Forderung 9 zu einer nationalen Kompetenzstelle an. Es ist wichtig, dass sich Kirchen noch stärker vernetzen und Erfahrungen austauschen. Während eine Kompetenzstelle eine Servicestelle darstellen würde, die Landeskirchen, Diözesen, Gemeinden und andere kirchliche Akteure praktische Unterstützung in allen Bereichen der Klimagerechtigkeit anbietet, sind Netzwerke der Ort, an dem Erfahrungen mit Hindernissen ausgetauscht werden, gemeinsame Strategien entstehen und gemeinsame Aktionen geplant werden. Zudem dienen sie auch der gegenseitigen Stärkung und dem Identifizieren von Themenschwerpunkten. Hier entstehen gemeinsame Initiativen und Aktionen auch in Kooperation mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen.

Solche kooperativen Bündnisse sind nötig für einen wirkungsvollen gesellschaftlichen Einsatz kirchlicher Institutionen. Die wichtigsten Bündnisse im Moment sind das *Ökumenische Netzwerk Klimagerechtigkeit* und die *Klimaallianz*. Sie haben eine fest institutionelle Struktur und eine große Zahl an Mitgliedern. Kirchliche Bündnisse können aber auch für einzelne gemeinsame Kampagnen oder Stellungnahmen gebildet werden, wie z. B. die gemeinsamen Divestmentverkündigungen des *Global Catholic Climate Movements*. Ein anderes gutes Beispiel in seiner Kombination kirchlicher und nichtkirchlicher Akteure ist das unter anderem von Jörg Alt SJ organisierte Bündnis zum *Bayernplan*. Solche Netzwerke sind zudem sehr wichtig für die Zusammenarbeit mit anderen Zivilgesellschaftlichen Akteuren auf regionaler Ebene zu verschiedenen Projekten, wie z. B. in München das Bündnis gegen Spirit Energy, an dem die Kirchen nicht beteiligt sind, als auch die allgemeinere *München muss handeln*-Initiative, an der große Teile der Zivilgesellschaft, einige Firmen und auch die evangelische Kirche in der Region München beteiligt sind.

Die Arbeit in Netzwerken erfordert Zeit- und Personalressourcen, die ausreichend zur Verfügung gestellt werden sollten. Netzwerke bieten die Möglichkeit, durch die Kooperation mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen zusätzliche Handlungsoptionen und gesellschaftlichem Einfluss zu gewinnen und Synergieeffekte zu schaffen. Für Umweltschutz und Klimagerechtigkeit ist es sinnvoll, wenige starke Netzwerke aufzubauen. Aktuell sind neun Landeskirchen (teilweise über Referate), der Reformierte Bund und 15 Diözesen, davon zwölf Diözesen über Umwelt- oder Weltkirche-Referate, Mitglied im ÖNK. Der Klimaallianz haben sich 13 Landeskirchen und sechs Diözesanräte in Bistümern angeschlossen (das Erzdiözese Freiburg hat als erstes Bistum die Mitgliedschaft beantragt).

FORDERUNG 11: Die Kirchenleitungen stellen sicher, dass das dringende Handeln zur Bewahrung der Schöpfung in der pastoralen Arbeit und Ausbildung grundgelegt ist. Dafür organisieren sie verpflichtende Fortbildungen für alle Hauptamtlichen zum Thema Klimakrise.

Bildung für eine ökologische Umkehr

Die Kirchen können nur ein Treiber für Klimagerechtigkeit in der Gesellschaft sein, wenn die ökologische Umkehr in den eigenen Reihen breit getragen wird. Es braucht das Problembewusstsein der Einzelnen, ganz besonders der Entscheidungsträger*innen und der Menschen im Verkündigungsdienst.

Viele Menschen in den Kirchen spüren bereits die große Dringlichkeit der Klimakrise und sind auf dem Weg hin zu einer ökologischen Umkehr. Aber längst nicht alle. Es gibt auch immer noch viele Gläubige, die die Fakten kennen, aber keine persönliche Betroffenheit empfinden. Viele Menschen, nicht nur in den Kirchen, ahnen die große Bedrohung durch die Klimakrise, lassen sie aber nicht an sich heran und verdrängen sie. Schließlich gibt es sicher auch viele Haupt- und Ehrenamtliche, die so beschäftigt sind, dass sie schlicht keine Zeit für eine Beschäftigung mit der Klimakrise haben oder das Thema Klimagerechtigkeit als an die Umweltbeauftragten delegiert verstehen. Das Problembewusstsein für die Klimakrise zu entwickeln und eine ökologische Umkehr liegen letzten Endes in der Freiheit des Einzelnen. Bildung kann bei der Entwicklung des Problembewusstseins helfen. Doch Wissen um die Klimakrise reicht in der Regel nicht aus, um das eigene Handeln zu verändern. Oftmals ist der Graben zwischen Wissen und Handeln groß. Eine ökologische Umkehr kann jedoch gelingen, wenn sowohl der Kopf als auch das Herz angesprochen werden. Für beides können Fortbildungen ein geeigneter Rahmen sein.

Fortbildung ist jedoch nicht nur nötig, um ein *Bewusstsein* für die Klimakrise und die *Motivation* zu entwickeln, gegen die Krise anzugehen. Sie ist auch nötig, um die nötigen *Handwerkszeuge* zu erhalten, um wirksam gegen die Klimaerwärmung agieren und ein gutes Eintreten für die Opfer der Klimakrise initiieren zu können. So erfordert eine ökologische Umkehr und Eintreten für die Opfer der Klimakrise in den Kirchen sehr viel Kommunikation. Kommunikationswissenschaftler*innen haben sich in den letzten Jahren sehr dezidiert mit der Kommunikation über die Klimakrise befasst und dazu Empfehlungen entwickelt. Eine Kenntnis dieser Forschungsergebnisse und ihre Nutzung in der Praxis ist auch in den Kirchen von großer Bedeutung. So bewirkt eine „Katastrophendidaktik“, die die riesigen Herausforderungen und Krisen in den Mittelpunkt stellt, oftmals Reaktanz: Menschen verschließen sich den Herausforderungen, verdrängen diese oder kapitulieren vor der Größe der Aufgaben. Bildungsveranstaltungen sollten daher auch ermutigende Beispiele beinhalten und Möglichkeiten und Wege vermitteln, an der sozialökologischen Transformation von Kirche und Gesellschaft mitzuwirken. Zudem ist die christliche Bot-

schaft voller Hoffnungsbilder und Visionen einer gerechteren Welt, die in Bildungsveranstaltungen Anreiz und Inspiration bieten können, an der ökologischen Transformation mitzuwirken.

Verbindliche Bildungsangebote für Menschen in Leitungspositionen

„Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ist schon lange ein wichtiges Thema und wird auch viel in den Kirchen gelebt. Dabei ist oft der Fokus auf die Jugendarbeit und die Schulen gerichtet. Gerade für die Herausforderung der Klimakrise ist aber das nächste Jahrzehnt das entscheidende. Daher sollte Klimabildung in den Kirchen vor allem die Menschen ansprechen, die bereits jetzt Verantwortung tragen und die jetzt oder bald Entscheidungspositionen einnehmen. So bietet z. B. die Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt ein Weiterbildungszertifikat „Nachhaltige Bildung an Katholischen Schulen auf der Grundlage des Marchtaler Plans“⁹⁵.

Grundsätzlich kann Fortbildung nicht erzwungen werden. Nachhaltig können Menschen sich neue Erkenntnisse und Fähigkeiten nur freiwillig aneignen. Daher soll die Forderung 11 nicht so verstanden werden, dass Hauptamtliche gegen ihren Willen und unter Androhung von Sanktionen zur Teilnahme an einer Klimafortbildung gezwungen werden sollen. Vielmehr geht es darum, dass die Kirchenleitungen ein Umfeld schaffen, in denen die Fortbildung zu Klima als selbstverständlich angesehen wird und in dem Fortbildungselemente zum Thema Klima in unterschiedliche Formate integriert werden, beispielsweise in Routine-Sitzungen. Darüber hinaus sollten Kirchenleitungen ihrer Vorbildfunktion gerecht werden und sich selber intellektuell und emotional mit der Klimakrise auseinandersetzen.

Der Verweis auf die Verbindlichkeit soll auch deutlich machen, dass eine Beschäftigung mit der Klimakrise nicht etwas Fakultatives ist (vgl. LS 217). Wir leben alle auf dieser Erde und sind alle von den Folgen der Klimakrise betroffen: von Feuer, Hitze, Flutkatastrophen, Migrationsbewegungen, ökonomischen Folgewirkungen.

Priorisierung der Klimakrise in den Fortbildungsprogrammen der Kirchen

Natürlich ist es auch richtig, dass es auch andere wichtige Bereiche gibt, in denen die Kirchen wichtige Rollen spielen und in denen Fortbildung nötig ist. Allerdings: In vielen Fortbildungsbereichen ist der Bedarf fortlaufend und wird auch noch über Jahre hin bestehen; auf den meisten Themengebieten gibt es nicht den Aspekt, dass handeln irgendwann „zu spät“ ist. Etwas weniger an Fortbildung beispielsweise im Bereich Qualitätsmanagement führt ggf. „nur“ zu weniger Verbesserungen in den kommenden Jahren für einige Bereiche kirchlicher Arbeit. Klimakrise und Klimagerechtigkeit haben dagegen einen anderen Charakter: Wenn nicht schnell drastischen Maßnahmen getroffen werden, sind erhebliche negative Folgen für einzelne Menschen in den Kirchen, für unsere Gesellschaft, für

⁹⁵<https://www.ku.de/studienangebot/nabimap>

Millionen von Menschen weltweit und für zukünftige Generationen nicht mehr abzuwenden. Ob das 1,5°C-Ziel wahrscheinlich überschritten und durch das Erreichen von Kippunkten die Lage deutlich riskanter wird, entscheidet sich durch die Maßnahmen der kommenden 5–10 Jahren.

Fortbildungen zur Klimakrise werden bereits organisiert

Bereits jetzt gibt es (Erz-)Diözesen und Landeskirchen, die der Fortbildung der Priester, Pastorinnen und anderen Hauptamtlichen in Klimafragen eine große Bedeutung beimessen. So haben Vertreter*innen der Kirchen des Bistums Speyer, der Landeskirche der Pfalz und des ACK Südwest eine gemeinsame Fortbildungs- und Reflexionsreise zu mehreren Forschungsinstituten unternommen. Die Reise, die unter anderem auch an das Institut für Klimafolgenforschung in Potsdam führte, sollte eine sachliche Grundlage für die Diskussion über eine sozialökologische Transformation schaffen.⁹⁶ In der Erzdiözese Freiburg gibt es seit kurzem jedes Jahr eine zweitägige Fortbildung für Priesteramtskandidaten und junge Priester zu diesem Themenkomplex. Es gibt möglicherweise eine Reihe weiterer Beispiele in Landeskirchen und Bistümern, die aber bei unseren Recherchen nicht gut zu finden waren.

Die genannten Beispiele sind sehr begrüßenswert. Allerdings können sie nicht darüber hinwegtäuschen, dass sehr viele Menschen in den kirchlichen Strukturen trotz all den öffentlichen Informationen, die es in den Medien zu diesem Thema gibt, die Klimakrise immer noch nicht als ein dringliches Problem wahrnehmen, das sie als Christ*in persönlich und in ihrer beruflichen Rolle betrifft.

FORDERUNG 12: Die Kirchenleitungen fördern verstärkt Schöpfungsverantwortung in Liturgie und Spiritualität. Zusätzlich beteiligen sich die Kirchen an dem Bemühen, pastorale Antworten auf die große Sorge und Zukunftsangst vieler Menschen zu bieten und schaffen seelsorgerische Angebote für interessierte Aktivist*innen.

Gott, eine Macht, die das Leben liebt (Weish 11,26)

Das Grundanliegen hinter Forderung 12 ist, dass die Schöpfungsverantwortung alle Bereiche des kirchlichen und des christlichen Lebens durchdringt, genauso wie die Verantwortung für unsere Nächsten. Insgesamt fehlt bei den meisten Christ*innen das Verständnis, dass die Klimakrise etwas mit ihrem Christ*in-Sein zu tun hat.

Der schon in der ersten Schöpfungserzählung angelegte Gedanke, dass Gott gelingendes Leben für alle, also für Mensch *und* Mitwelt schafft, wurde in der christlichen Tradition häufig vernachlässigt. Es gibt aber durchaus Vorbilder, an die sich anknüpfen lässt. Dazu gehört Franz von Assisi, ebenso wie spirituelle Traditionen, die im Dialog mit indigenen

⁹⁶https://www.bistum-speyer.de/news/nachrichtenansicht/?tx_ttnews%5Btt_news%5D=13176

Weisheiten beispielsweise in Lateinamerika entstanden sind. Insbesondere im Konziliar-Prozess für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung haben die Kirchen schon lange vor politischen Programmen die Zusammenschau von sozialer Gerechtigkeit, Ökonomie und Ökologie praktiziert. Viele bis heute bestehende Einrichtungen wie beispielsweise Weltläden wurden durch engagierte Christ*innen gegründet und mitgetragen. Auf diese Weise wurden Ermöglichungsräume für gelingendes Leben geschaffen, die bis heute die Gesellschaft prägen. Angesichts der derzeitigen Entwicklungen ist die Klimakrise theologisch als globales „Zeichen der Zeit“ einzuordnen, das alle Menschen, wenn auch nicht im gleichen Ausmaß, betrifft. Dieser theologischen Herausforderung müssen sich alle Christ*innen stellen, wenn sie lebenermöglichend handeln wollen.

Die Klimakrise als theologische Herausforderung

Es gibt einen großen und vielfältigen Schatz an theologischer Auseinandersetzung mit den in der Klimakrise aufgeworfenen Fragen nach dem Verhältnis von Mensch und Schöpfung, mit den verschränkten Gerechtigkeitsfragen der Klimakrise und mit sozialen Gerechtigkeitsbewegungen. Wir fordern, diese Auseinandersetzung zu fördern und zudem diesen Schatz mehr in das alltägliche Leben der Kirchen einzubinden. Wir erleben als Aktivist*innen oft, dass Verantwortungsträger*innen Klimagerechtigkeit nicht als genuin christliches Thema sehen. Dies kann durch eine Auseinandersetzung mit der theologischen Forschung und den vielfältigen ökologischen und Gerechtigkeitsstraditionen der Kirchen überwunden werden. Dazu ist ein positiver Fokus auf eine Spiritualität des Engagements wichtig, bei dem jede*r die Möglichkeit hat, den eigenen Beitrag zu einer zukunftsfähigen Welt zu entdecken.

Positive Visionen

Den Einsatz für Klimagerechtigkeit nur als Kampf gegen die Klimakrise und als Reduzierung von zukünftigem Leid zu verstehen, ist wenig motivierend und kann schnell erschöpfen. Daher ist es wichtig, positive Visionen zu entwickeln, für die es sich lohnt zu streiten. Dabei sind die Kirchen natürlich nicht die einzige Quelle für solche Visionen, sie haben aber ganz besonders in ihren ökotheologischen Traditionen einen reichen Schatz, den sie zu solchen positiven Entwürfen der Zukunft beitragen können, und sind in besonderem Maße in der Lage, Raum für den Austausch über und das Erproben von positiven Zukunftsvisionen zu geben.

Schöpfungsverantwortung und Spiritualität

Angesichts der Klimakrise umfasst christliche Verantwortung mehrere Dimensionen: Zum einen sind aufgrund der globalen Verflechtungen die vom eigenen Handeln betroffenen Nächsten, für die Christ*innen Verantwortung tragen, auch Menschen auf anderen Kontinenten sowie Kinder und zukünftige Generationen, deren Lebenschancen durch heutiges Handeln zerstört werden. Zum anderen sollte sich christliche Spiritualität damit auseinandersetzen, wo Verantwortung auch für die nicht-menschliche Schöpfung getragen

wird. Diese Verantwortung sollte als eine Querschnittsdimension in spirituellen und liturgischen Angeboten aufgegriffen werden, wie dies in einzelnen liturgischen Arbeitshilfen bereits geschieht.⁹⁷

Spiritualität kann eine Kraftquelle sein für persönliche und auch strukturelle Veränderungen, so beschreibt es die Sachverständigengruppe *Weltwirtschaft und Sozialethik* der DBK in der Studie „Wie sozial-ökologische Transformation gelingen kann“ von 2021. Sie weist aber auch auf die Ambivalenz von Spiritualität hin, denn sie kann auch Weltflucht oder falsche Deutungen etwa des Schöpfungsauftrages befördern. Daher fordert sie eine suchende Spiritualität als einen kollektiven Prozess, „der die Menschen dorthin drängt, wo die brennenden Probleme der Zeit und zugleich die Auseinandersetzung um Veränderung stattfinden: Sie ist präsent bei den Demonstrationen im Rheinischen Braunkohlrevier, bei Klimastreiks und im Kirchenasyl und sollte hier bei aller Klarheit der Standpunkte immer auch eine hörende und suchende sein, die ganz gezielt auch die leisen und marginalisierten Stimmen wahrnimmt und für andere hörbar macht.“⁹⁸ Dieser Forderung nach einer solchen offenen Spiritualität, der es darum geht, „heilende Beziehungen im Zusammenleben der Menschen und zur Schöpfung zu stiften“⁹⁹, schließen wir uns an.

Klimaangst als Herausforderung für die Pastoral

Bisher ging es viel um Menschen, die noch zu wenig Bewusstsein für die Klimakrise haben. Es gibt aber andererseits auch viele Menschen, die aufgrund einer starken Auseinandersetzung mit dem Thema bereits an einer in Anbetracht der drohenden Katastrophe sehr angemessenen Klimaangst leiden, in der es für sie kaum Raum für Hoffnung gibt.¹⁰⁰ Ein weiteres Anliegen aus Forderung 12 ist daher, dass die Kirchen sehr viel mehr als bisher pastorale Antworten finden auf die persönliche Betroffenheit von Menschen in der Klimakrise.

Sich der Klimakrise zu stellen bedeutet eine sehr große Belastung für Aktivist*innen, die sich ganz auf die große, unvorstellbare Bedrohung, die sich uns stellt, einlassen und viel Zeit und oft auch ihr persönliches Wohlergehen riskieren, um mehr Gerechtigkeit für die von der Klimakrise betroffenen Menschen zu schaffen. Es besteht z. B. bei Fridays For Future ein Bedarf an psychologischer Unterstützung, die von engagierten Psycholog*innen geleistet wird.¹⁰¹ Auch die Seelsorge sollte Aktivist*innen nicht alleine lassen in ihrem Kampf für Klimagerechtigkeit. Ebenfalls benötigen Betroffene von Extremwetterereignissen, wie beispielsweise der Flutkatastrophe im Westen Deutschlands im Sommer dieses Jahres, Seelsorge und haben Glaubensfragen, mit denen sie nicht allein gelassen werden sollen.

⁹⁷https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/materialien_nachhaltigkeit_2019.pdf.

⁹⁸<https://www.digi-log.org/de/artikel/37>

⁹⁹<https://www.digi-log.org/de/artikel/37>

¹⁰⁰<https://www.spiegel.de/wissenschaft/klimakrise-junge-menschen-sind-laut-einer-grossen-studie-stark-belastet-a-03041604-88b9-4138-a68c-4b8bc07642c4>

¹⁰¹<https://www.psychologistsforfuture.org/unterstuetzung-fuer-engagierte/>.

Klimalähmung überwinden, um ethisch handeln zu können

Neben *Klimaangst* gibt es bei Menschen auch oft eine *Klimalähmung*, eine Umweltmelancholie: die Verdrängung der unterschwellig vorhandenen Angst vor der Klima- und Umweltkrise und die Weigerung, der existentiellen Bedrohung ins Auge zu sehen. Diese Klimalähmung ist sehr verständlich, führt jedoch zu einer Leugnung der Realität und verhindert eine angemessene Handlungsreaktion auf die Krise. Denn sich der Klimakatastrophe vollumfänglich bewusst zu sein, birgt mannigfaltige Konflikte in sich: So können Beruf und damit verbunden die eigene Identität mit fossilen Rohstoffen verbunden sein und daher eine echte Identitätskrise drohen. Auch solche Konflikte stellen eine pastorale und spirituelle Herausforderung dar. Es gilt, Abschiede von bisherigen Lebensformen und identitätsstiftenden Elementen zu gestalten und gemeinsam Neues zu entdecken.

Der Rahmen von Spiritualität

Unsere Forderung ist bewusst offen formuliert. Wir fordern nicht das Vorgeben von fertigen pastoralen Antworten oder die kirchliche Vereinnahmung von Aktivist*innen, vielmehr geht es um eine solidarische, gewaltfreie Pastoral für diejenigen, die daran Interesse haben. Die Idee vorgegebener pastoraler Konzepte in diesem Bereich wäre sowohl aufgrund des bislang unzureichenden Handelns der Kirchen in der Klimakrise als auch in Hinblick auf moderne Forschung zu spiritueller Gewalt problematisch. Letzten Endes ist eine solche Pastoral nur glaubhaft in der gelebten Solidarität, die sich aus der Umsetzung unserer anderen Forderungen ergibt. Gleichzeitig entwickeln sich bei gelebter Solidarität oft auch pastorale Ansätze aus der Situation heraus. Wir sind überzeugt, dass sich gemeinsam vielgestaltige Antworten im Austausch der Perspektiven finden lassen, von denen dann einige für manche kirchennahen Aktivist*innen und Betroffene hilfreich sein können. Die Kirchenleitungen können dazu beitragen, indem sie Räume und Formate schaffen, in denen diese Prozesse möglich sind.

Beispiele

Der Beitrag der Gemeinden zu einer Transformation zu klimakonformem Wirken kann sehr vielfältig sein. So hat die EKD entsprechende Initiativen auf einer sehr informativen Seite vorgestellt: *„Nachhaltigkeit als spirituelle Frage und als Aufgabe für Gemeindeentwicklung zu verstehen, ist eher selten. Aber auch dafür gibt es bereits erste interessante Projekte und Initiativen.“*¹⁰² Insbesondere wird darin verwiesen auf den schon erwähnten Ökumenischen Prozess *Umkehr zum Leben - den Wandel gestalten*: Darin wird vorgeschlagen, im Rahmen eines ökumenischen Such- und Konsultationsprozesses unter dem Motto *„Ökumenischer Aufbruch 2030. Für eine sozialökologische Transformation“* transformative Praxis zu erproben, dabei die spirituellen Ressourcen des Christentums aufzugreifen und zu zeigen, wie christliche Institutionen Vorreiter*innen werden können. Das

¹⁰²<https://www.ekd.de/nachhaltigkeit-in-kirchengemeinden-32362.htm>

Impulspapier dazu gibt Anregungen für verschiedene Felder wie Kirchengemeinden, kirchliche Bildungsarbeit und kirchliche Wohlfahrtsverbände.¹⁰³

Ein weiteres schon lange gepflegtes Projekt ist das von *Brot für die Welt* geförderte *nachhaltig-predigen.de*. *Missio* hat momentan eine spannende interkontinentale Tagungsreihe in Lateinamerika, Asien und Afrika initiiert¹⁰⁴ und arbeitet weiter sehr stark am Thema interkultureller Schöpfungsspiritualität. Es gibt auch viele traditionelle Formate, von Kapellen in der Natur über Berggottesdienste bis zu Flurprozessionen.

Ein weiteres, ökumenisches Beispiel ist der Schöpfungstag, bzw. die Schöpfungszeit, die in Deutschland maßgeblich von der *Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen* (ACK) gestaltet wird. Bisher wird diese aber selten in Gemeinden gefeiert. Ein anderes Beispiel sind die ökumenischen „erd-verbunden“ Exerzitien, die unter anderem vom Bistum Speyer und der Landeskirche der Pfalz initiiert wurden und dieses Jahr auch über *Missio* angeboten wurden¹⁰⁵. Auch die traditionellen geprägten Zeiten des Kirchenjahres bieten viele Gelegenheiten für das Thematisieren von Schöpfungsverantwortung und Klimagerechtigkeit, wie dies z. B. beim Klimafasten schon seit Jahren praktiziert wird. An anderer Stelle schon erwähnte Beispiele wie Klimapilgern zeigen, wie eng Spiritualität mit öffentlichem Eintreten für Klimagerechtigkeit verbunden sein kann.

Wir hoffen, unsere Erläuterungen in diesem Hintergrundpapier mögen dabei helfen, unsere Forderungen besser zu verstehen, und freuen uns auf viele Mitstreiter*innen im Einsatz für Klimagerechtigkeit, damit alle Geschöpfe Gottes auf dieser Erde eine Chance auf eine gute Zukunft haben!

Die Autor*innen: Georg Sauerwein, Claudia Schwegmann, Edith Wittenbrink, Michael Streubel, Charlotte Cremer

Ein herzlicher Dank gilt allen, die diesen Text kommentiert und dadurch wesentlich zu seiner aktuellen Form beigetragen haben.

¹⁰³<https://www.umkehr-zum-leben.de/was-ist-der-op/vision-und-mission>

¹⁰⁴<https://www.missio-hilft.de/informieren/wofuer-wir-uns-einsetzen/weltweit-vernetzte-theologien/schoepfungsspiritualitaet/>

¹⁰⁵<http://www.institut-kirchliche-fortbildung.de/>